Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 168. Donnerstag, den 21. Juli 1921. 28. Jahrgang.

Die englische Antwort an Frankreich.

TU. Paris, 21. Juli.

Der englische Geschäftsträger hat sich gestern nachmittag ins Ministerium des Aeußern begeben und hat Briand die Antwort der englischen Regierung übergeben. In ihrer Antwort betont die englische Regierung erneut die Notwendigkeit, eine Tagung des Obersten Rates nach Boulogne in der Zeit vom 27. bis 30. Juli einzuberufen. Die englische Regierung hält die Lage in Oberschlesien für gefährlich und erklärt, daß zu jeder Zeit ernste Unruhen, sowohl von polnischer wie von deutscher Seite dort ausbrechen können und daß diese Unruhen umso gefährlicher sein werden, je länger die jetzige Lage andauere. Die Note weist ferner darauf hin, daß Lloyd George und Balfour, die England auf dieser Konferenz vertreten sollen, im August abwesend sein werden. Die Tagung des Obersten Rats muß daher vor Ende dieses Monats stattfinden. Da die Zeit zu kurz bemessen ist, wird es nicht mehr möglich sein, vorher Beratungen von Sachverständigen stattfinden zu lassen, wie die französische Regierung es wünscht. Der Oberste Rat müsse sich zunächst mit der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien befassen und sodann das oberschlesische Problem selbst prüfen. Die Note erklärt schließlich, falls Lloyd George durch die irische Frage zurückgehalten sei, so würde Lord Curzon zusammen mit Balfour die englische Regierung vertreten.

Die französische Regierung wird sofort, wahrscheinlich heute, auf diese Note antworten. Sie wird, wie eine französische Nachrichtenstelle erfährt, ihren bisherigen Standpunkt entschlossen aufrechterhalten. Briand glaubt nicht an die Zweckmäßigkeit einer Tagung des Obersten Rates vor Ende dieses Monats. Er hat keineswegs die Absicht, die Lösung der oberschlesischen Frage zu vertagen. Er ist jedoch der Ansicht, daß der Oberste Rat sich gegenwärtig nur mit der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen befassen könnte. Andererseits hätte es keinen großen Zweck, lediglich über die Frage der Truppenverstärkungen zu diskutieren, da die alliierten Vertreter in Oppeln, der englische Vertreter inbegriffen, einstimmig die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen bekannt gegeben haben. Um das oberschlesische Problem zu lösen, müssen zunächst weitere Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien getroffen werden. Schließlich muß die Frage der Aufteilung des Gebietes von technischen Sachverständigen geprüft werden. Erst dann wird der Oberste Rat in der Lage sein, nützliche Arbeit zu verrichten. Die Tagung der Sachverständigen könnte während der Absendung der Truppenverstärkungen stattfinden und der Oberste Rat könnte Ende August zusammentreten. Was die Absendung von Truppenverstärkungen betrifft, so ist Frankreich bereit, eine Division nach Oberschlesien zu entsenden.

Die Entscheidung über Oberschlesien am 28. Juli.

TU. London, 21. Juli.

Der französische Botschafter in London und Lord Curzon haben gestern nachmittag neue lange Besprechungen gehabt. Sie haben beide die Notwendigkeit anerkannt, vor Ende des Monats die Tagung des interalliierten Obersten Rats einzuberufen, um die oberschlesische Frage und andere dringende Probleme zu regeln. Lord Curzon hat vorgeschlagen, daß die Tagung am 28. Juli in Boulogne sur mer stattfinden soll. Diese Entscheidung ist sofort Briand bekannt gegeben worden. Man erwartet seine Antwort.

Die französischen Truppenverstärkungen nach Oberschlesien.

TU. Oppeln, 21. Juli. Wie verlautet, sollen sich die neuen französischen Verstärkungen, die nach Oberschlesien entsandt werden sollen, auf 19000 Mann belaufen. Man rechnet damit, daß der Transport ungefähr drei Wochen in Anspruch nehmen wird.

Vor Neuwahlen in England.

Der englische Abg. Kenworthy berichtete in einer Rede, daß Lloyd George beschlossen habe, die Neuwahlen im Oktober oder November vornehmen zu lassen, und er fügte hinzu, daß Lloyd George das Land auffordern werde, ihm alle Vollmachten vor seiner Reise nach Washington zu erteilen, wo er die orientalischen Angelegenheiten regeln wolle, nachdem er in beklagenswerter Weise bei der Regelung der westlichen Angelegenheiten gescheitert sei. Arthur Henderson erklärte in einer Arbeiterversammlung zu Darlington, daß man sich rechtzeitig zu den Neuwahlen, die in nächster Zeit zu erwarten seien, vorbereiten müsse.

„Daily Herald" teilt mit, daß die Labour Party einen großen Wahlfeldzug von Nordschottland bis Westengland vorbereite. Achtundzwanzig Generalversammlungen seien in Aussicht genommen, die sich mit den Fragen der inneren Organisation zu beschäftigen haben werden. Alle Funktionäre Kandidaten und Sekretäre werden an den Versammlungen teilnehmen. Man hoffe auch auf Teilnahme der Gewerkschaftsverbände, der lokalen Arbeiterorganisationen und der großen genossenschaftlichen Vereinigungen. In der Frage der Neuwahlen werde man den Weg, der auf der Jahrestagung der Labour Party in Brighton vorgezeichnet wurde, konsequent weiter verfolgen: Ablehnung eines Bündnisses mit irgendeiner bürgerlichen Partei. Der Feldzug werde am Sonnabend mit Versammlungen in Durham und Yorkshire eingeleitet.

*

Arthur Henderson, der Sekretär der Labour Party hat eine Konferenz der Trade Unions für den 28. Juli einberufen, um im Einklang mit den ländlichen Gewerkschaften das Agrarprogramm der Partei auszuarbeiten.

Um die Verteilung der deutschen Zahlungen.

TU. Paris, 21. Juli. Nach einer Mitteilung des „Temps" ist die interalliierte Konferenz über die Aufteilung der deutschen Wiederherstellungszahlungen offenbar endgültig gescheitert, weil die englische Regierung als Bedingung für die Teilnahme an dieser Konferenz die Forderung aufstellte, daß zuerst als Anzahlung für die Kosten der englischen Besatzung im Rheinlande 120 Millionen Goldmark an das englische Schatzamt abgeführt werden von der Summe, die die Wiederherstellungskommission am 1. Mai von der Reichsregierung überwiesen erhalten hat.

Schlägerei in der rumänischen Kammer.

Die „Neue Freie Presse" gibt eine Meldung der Budapester „Az Est" aus Bukarest über die großen Skandalszenen in der rumänischen Kammer wieder, wo seit einigen Tagen die Verstaatlichung der Werke von Resika verhandelt wird. Der gewesene Handelsminister soll dieser Gesellschaft ein überaus vorteilhaftes Uebereinkommen gesichert und die Mehrheit der Kammer für den Vertrag dadurch gewonnen haben, daß die Abgeordneten der Regierungspartei unentgeltlich neue Aktien der Gesellschaft erhielten. In der Debatte über den Vertrag protestierte nun die Opposition gegen dessen Annahme und erklärte, daß dieser Vertrag lediglich geeignet sei, das Vermögen einiger Abgeordneten und Senatoren der Averescu-Partei zu vermehren. In dem darauf folgenden großen Lärm schlug der Abgeordnete Goga den früheren Handelsminister Taslauanu mit der Peitsche ins Gesicht. Taslauanu, rief er dabei, habe das Haus mit seinen Aktien bestochen. Die Schlägerei wurde plötzlich allgemein, so daß der Präsident die Sitzung schließen mußte.

Rückkehr der Sowjetregierung zur Demokratie.

TU. Stockholm, 21. Juli. Aus den Mitteilungen, die der Führer der schwedischen Delegation über die Verhandlungen des Moskauer Kongresses gibt, geht deutlich hervor, daß die Moskauer Bolschewistenführer jetzt bemüht sind, Wege zu finden, um auf das demokratische Prinzip mehr Rücksicht zu nehmen.

Um das Schicksal Oberschlesiens.

Dr. L. Lübeck, 21. Juli.

Der Oberste Rat hat in seinen geheimen Vorverhandlungen zu dem Versailler Vertrag über das Schicksal von Millionen entschieden; er ist zu Entschlüssen gekommen, die manchmal auf nichts anderes gegründet waren, als auf einen Augenblickseinfall eines der vier Mitglieder.

Nach dem ursprünglichen Vertragsentwurf sollte das ungeteilte Oberschlesien (also das ganze Abstimmungsgebiet) an Polen fallen. Die deutsche Friedensdelegation erhob dagegen entschiedene Einwände und erklärte die Unmöglichkeit für Deutschland, eine solche Entscheidung anzunehmen.

Lloyd George, dem offenbar bei den fortwährenden französischen Gewaltandrohungen nicht wohl war, und dem deswegen viel daran lag, daß Deutschland den Vertrag gütlich unterzeichnete, schnitt daraufhin das oberschlesische Problem in einer Sitzung des Obersten Rates nochmals an und warf den Gedanken einer Volksabstimmung auf. Es entspann sich anschließend eine Besprechung, deren Wortlaut vor einigen Tagen im „Figaro" veröffentlicht worden ist. Inhalt und Ergebnis sind so bezeichnend für die Art und Weise, wie in Versailles über das Schicksal ganzer Provinzen und auch ganzer Staaten entschieden wurde, daß wir im folgenden einige Abschnitte daraus zum Abdruck bringen.

Wilson: Ein Plebiszit in Oberschlesien erscheint mir schwierig; es wird unerläßlich sein, zuerst die deutschen Beamten auszuweisen.

Lloyd George: Meinen Sie die kleinen Beamten?

Wilson: Nein, ich denke an die Verwaltungsbeamten.

Clemenceau: Vergessen Sie jedoch nicht, daß es in Deutschland die Zentralbehörde ist, die die Bürgermeister ernennt.

Lloyd George: Ich bin damit einverstanden, daß die hauptsächlichsten deutschen Behörden das Land vor der Abstimmung verlassen müßten.

Wilson: Ja, aber das ist nicht alles: 15 oder 20 deutsche Großkapitalisten beherrschen Oberschlesien.

Clemenceau: Das ist die nackte Wahrheit. Namentlich Henckel v. Donnersmarck.

Wilson: Eine freie und offene Volksabstimmung ist, nach Ansicht meiner Sachverständigen, unmöglich in einem Lande zu erwarten, das seit so lange unter einer Herrschaft steht und das stets in der Sorge von Vergeltungsmaßnahmen leben wird, wenn die Deutschen nicht verschwinden.

Lloyd George: Und doch sind im Jahre 1907 trotz dieser Angst die Polen bei den Wahlen siegreich geblieben. **Meine Sachverständigen sehen eine für Polen günstige Volksabstimmung voraus.** Sie denken, daß ein solches Plebiszit den Deutschen künftige Einwendungen unmöglich machen wird.

Wilson: Es gibt in Deutschland **keine Volksbewegung zugunsten Oberschlesiens**, es ist eine **rein kapitalistische Angelegenheit.**

Lloyd George: **Und doch ist die deutsche Reichsregierung in der Mehrheit sozialdemokratisch**, und sie ist es, die Protest erhebt.

Wilson: Ja, aber zugunsten der Kapitalisten. Ich wiederhole, eine freie Abstimmung ist unmöglich.

Lloyd George: Nun, dann werden wir das Gebiet während der Abstimmung besetzen.

Wilson: Dann wird man sagen, daß wir einen militärischen Druck ausgeübt haben.

Clemenceau: So oder so, die Deutschen werden immer protestieren.

Lloyd George: Nichtsdestoweniger wird die Abstimmung stattfinden. Uebrigens wie werden die Deutschen die Industriebevölkerung einschüchtern können, die Widerstandskraft besitzt? Wir haben das in Wales kennen gelernt und wir haben über die großen Besitzer gesiegt.

Wilson: Sie vergleichen hier zwei Sachen, die nicht vergleichbar sind.

Lloyd George: Aber ich sage Ihnen noch einmal, daß die Wahlen für die Polen in dem gesamten Gebiet, das uns jetzt betrifft, günstig ausgefallen sind.

Wilson: Es handelte sich um innerpolitische Wahlen und nicht um ein Plebiszit bezüglich der Nationalität.

Clemenceau: Wir haben nicht versprochen, daß es ein Plebiszit in dieser Gegend geben würde.

Wilson: Kurz und gut, was bieten Sie uns an?

Lloyd George: Dasselbe Vorgehen wie für Ostpreußen.

Wilson: Und wenn die Deutschen sich weigern, der Entscheidung des Völkerbundes Folge zu leisten?

Clemenceau: Sie werden von ihnen Versprechungen verlangen; sie werden versprechen, und werden nichts halten. Ist das das, was Sie wollen?

Lloyd George: Ich schließe die Möglichkeit einer militärischen Besetzung der Abstimmungszone nicht aus.

Wilson: Ich wiederhole, daß Deutschland erklären wird, daß man einen Druck ausübt.

Lloyd George: Eine Division wird genügen.

Wilson: Das wird genügen, um uns zu beschuldigen, einen Druck auszuüben.

Lloyd George: Ich will den Frieden. Ich weiß aus guter Quelle, daß die schlesische Frage für die Deutschen die wichtigste ist. **Ich will lieber eine Division nach Schlesien schicken, als ganze Armeen auf Berlin marschieren lassen.**

Clemenceau: Wer sagt Ihnen, daß Sie die Wahl haben werden?

Lloyd George: Und was die Freiheit der Abstimmung anbelangt, so geht das uns an. Wenn Deutschland sich der Anwendung eines für Polen günstig ausgefallenen Plebiszits widersetzt, dann wird die britische Armee **mit Begeisterung auf Berlin** marschieren. **Das ist es, was ich will. Ich habe nötig, das englische Volk auf meiner Seite zu sehen, falls es neue Schwierigkeiten geben sollte.**

Wilson: Wir haben in unseren Friedensgrundsätzen erklärt, daß **Polen alle unzweifelhaft polnischen Provinzen zufallen** würden.

Lloyd George: Aber das ist es gerade: die Deutschen sagen, daß das bei Oberschlesien nicht der Fall ist.

Clemenceau: Wieso denn? Sie wissen doch, daß die deutschen Statisten selbst zeigen, daß Oberschlesien in großer Mehrheit polnisch ist.

Wilson: Wir müssen zu einem Schluß kommen; man könnte eine **Volksabstimmung unter der Kontrolle einer interalliierten Kommission zubilligen; wir würden erklären, daß die Volksabstimmung null und nichtig ist, wenn die Kommission uns berichten würde, daß ein Druck ausgeübt worden sei.**

Grauen und Ekel können einem überkommen, wenn man solche diplomatischen Ränkespiele überblickt. Es war ja auch früher zur Genüge bekannt, daß die Ententegrößen ohne genügende Sachkenntnis, und ohne den nötigen Ernst Entscheidungen herbeiführten, die jeder Gerechtigkeit Hohn sprachen. Aber daß in dieser krassen Form, sozusagen zufällig über ganze Gebiete in spitzfindigen Wortplänkeleien entschieden wurde, das ist ein Höhepunkt geheimdiplomatischer Verderbtheit. Aus irgend welchen Prestige- oder militärischen Gründen werden Millionen verschachert, ohne daß sie eine Ahnung davon haben, ohne daß sie den geringsten Einfluß auf ihr Schicksal haben.

Wir wollen die Gelegenheit nicht benutzen, um auf die Entente und das Versailler Diktat loszuhacken. Ging es doch auf unserer Seite um nichts besser zu, solange die Macht nicht unsern Händen endgültig entglitten war. Oder war die Ludendorffsche Forderung nach einem deutschen Lüttich oder nach der Annektion des Vorgeländes von Byalistok, oder der vaterlandsparteiliche Schrei nach Briey und Longwy, und war der Friede von Brest-Litowsk weniger verbrecherisch als das eigensinnige und unbegründete Eintreten Clemenceaus und Wilsons für eine unbedingte Uebergabe Oberschlesiens an Polen?

Hätten doch die Völker ein Jahrzehnt früher erkannt, daß Staatsmänner und Diplomaten samt und sonders gewissenlose Dilettanten waren, die aus irgend einer kleinlichen und egoistischen Ueberlegung Beschlüsse von für ganze Völker verhängnisvollster Schicksalhaftigkeit faßten oder ablehnten! Daß in dem vorliegenden Fall die Entscheidung für die verhältnismäßig vernünftige Ansicht des englischen Ministerpräsidenten eintrat, ist ganz wesenlos. Sie hätte ebenso gut nach der anderen Seite fallen können, wenn Wilson nicht plötzlich ungeduldig geworden wäre und die Sitzung abbrechen wollte, damit dem etwas eigensinnigeren Lloyd George nachgebend.

Noch auf ein anderes wollen wir hinweisen, was in der Diskussion auffällt. Es wird darin immer auf die Reichstagswahlen vor dem Kriege Bezug genommen. Beweisen die denn etwas? Sicher haben tausende von Wählern für die polnischen Kandidaten gestimmt, weil sie von ihnen eine bessere Vertretung ihrer Interessen gegen preußische Anmaßung erhofften, ohne damit im geringsten dokumentieren zu wollen, daß sie lieber nicht mehr zu Deutschland gehörten. Es war genau die gleiche Sache wie im Elsaß, wo viele für die Nationalisten eintraten, ohne nur einen Augenblick an Frankreich zu denken.

Im Elsaß und in Schlesien waren die gegendeutschen Stimmen in ihrer großen Mehrheit nichts anderes als die Quittung gegen die schuldhaften Ausschreitungen preußischer Junker und Militärs. Wer trägt also in Wirklichkeit — im Elsaß wie in Oberschlesien — die Schuld für die deutschen Gebietsverluste? Diejenigen, die heute am lautesten gegen die Ungerechtigkeiten der Entente schreien. Es ist stets in der Welt so gewesen, daß die Ungerechtigkeit auf der einen Seite die Ungerechtigkeit auf der anderen heraufbeschwor.

Stresemann und Lloyd George.

„New York Herald" veröffentlichte am 15. Juli einige intime Vorgänge aus der Zeit der letzten großen Krise, kurz vor der Annahme des Ultimatums. Diese Akten sind für die innere und äußere Politik Deutschlands so wichtig, daß sie verdienen, in allen Kreisen bekannt zu werden.

Der auswärtigen Politik der Regierung Fehrenbach-Simons gerte fast ein ganzes Jahr der Stern der Deutschen Volkspartei geleuchtet. Er war ein Irrlicht, der zum Bruch in London und zur Katastrophe führte. Es bedurfte keines Mißtrauensvotums des Reichstages, um das Kabinett zum Rücktritt zu zwingen. Es starb an seiner eigenen Unsicherheit und an den nationalistischen Phrasen der „Täglichen Rundschau" und des „Lokal-Anzeigers". Inzwischen wartete Foch auf den Marschbefehl zur Besetzung des Ruhrgebietes, und wie es Oberschlesien ergangen wäre, zeigt der soeben mißlungene Aufstand Korfantys. In jener Stunde der Verzweiflung waren es die heutigen Koalitionsparteien, die durch die Annahme des Ultimatums die Lage retteten und heute sind sie es, die die Suppe auslöffeln, die von den Alldeutschen eingebrockt worden ist. Und dennoch vergeht keine Versammlung der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei ohne die üblichen Schimpfereien über die „Vaterlandsverräter", die die Geschäfte Briands oder Lloyd Georges besorgen."

Jene, die heute so tapfer schmähen, haben die fünf deutschvolksparteilichen Abgeordneten vergessen, die ebenfalls für das Ultimatum gestimmt haben. Sie haben auch vergessen, daß sogar ihr großer Bruder Stresemann beinahe dasselbe getan hätte, um sich an die Stelle zu schwingen, die jetzt Wirth innehat. Wenn heute Stresemann und seine Mannen in der Opposition stehen, verdanken sie es nicht ihrer Ueberzeugung und dem Heldenmut gegenüber der Entente, sondern der Post, die ja in diesen Zeiten mehr als einmal einen Tag zu spät eintrifft.

Ueber diese Tatsache berichtet uns zweifelsfrei das amerikanische Blatt. Eine Indiskretion ermöglicht dem „New York Herald", den Briefwechsel zu veröffentlichen, der kurz vor der Annahme des Ultimatums **zwischen Stresemann und Lloyd George** gepflogen wurde. **Zunächst hatte der Führer der Deutschen Volkspartei den Berliner Vertretern der Entente mitgeteilt, daß er gewillt sei, ein Kabinett zu bilden und das Ultimatum anzunehmen,** wenn die Alliierten für die dem deutschen Volke dadurch aufgezwungenen Opfer zu Gegenleistungen bereit seien. In seiner Antwort an den italienischen Botschafter lehnte es Graf Sforza ab, auf Stresemanns Bedingungen einzugehen, die sich auf die Sanktionen im Rheinland und auf Oberschlesien bezogen hatten. Hingegen machte Lord d'Abernon alle Anstrengungen, die volksparteilichen Forderungen bei Lloyd George durchzusetzen.

Die englische Stellungnahme ist dann in einem schriftlichen Memorandum durch den englischen Premierminister erfolgt. Darin heißt es u. a.: daß das in dem Ultimatum ausgedrückte Recht der Alliierten auf Anforderung von Material und Arbeitskraft, „um irgend eine der alliierten Mächte in den Stand zu setzen, den Wiederaufbau oder die Entwicklung ihres industriellen oder wirtschaftlichen Lebens zu fördern", nicht Fabrikate bedeuten solle, die bereits in Deutschland hergestellt worden seien, sondern nur das Recht, an Deutschland Aufträge für die Herstellung und Ablieferung zu geben, deren Gegenwert Deutschland gutgeschrieben werden solle. Weiterhin erklärte die englische Regierung, es sei nicht ihre Absicht, beim Zollzuschlag auf deutsche Waren den Satz von 26 Proz. irgendwie zu überschreiten, und daß sie eine weitergehende Gesetzgebung zurücknehmen würde.

Es folgt nun dieses Frage- und Antwortspiel:

Frage 2: Wird die Annahme des Ultimatums die Aufhebung der Sanktionen, die im vorigen März nach der Londoner Konferenz eingeführt wurden, nach sich ziehen?

Antwort: Die am 8. März eingeführten Sanktionen, besonders jene, die die Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts und die Errichtung einer rheinischen Zollgrenze enthalten, sollten nach der Meinung der Regierung S. M. im Falle einer Annahme des Ultimatums aufgehoben werden. Die diesbezügliche Meinung der Regierung S. M. wird der französischen Regierung mitgeteilt.

Frage 3: Kann die Regierung Seiner Majestät eine Versicherung geben, daß sie keine Lösung der oberschlesischen Frage zulassen wird, die anders ist als jene, die sich auf den bereits von den britischen Vertretern der Plebiszitkommission zusammengestellten Bericht begründet?

Antwort: Die deutsche Regierung kann sich auf den Wunsch der Regierung S. M. verlassen, die wichtigen deutschen Interessen, die hier bestehen, zu berücksichtigen, und obgleich es nicht ohne vorherige Besprechungen in dem verlangten Sinn zu geben, so mag die deutsche Regierung die Versicherung haben, daß die Regierung S. M. zugunsten einer gerechten Lösung auf Grund einer strengen und parteilosen Ausführung des Versailler Vertrages einen Druck ausüben wird.

Die Antwort von Lloyd George ist zu spät gekommen. Als sie eintraf, war die Entscheidung bereits gefallen. Die Deutsche Volkspartei hatte sich gegen das Ultimatum entschieden. Daß sie jedoch nach den englischen Zusicherungen bereit gewesen wäre, anzunehmen und die Regierung zu bilden, daran ist wohl kaum zu zweifeln. Inzwischen sind die englischen Rheinzölle von 50 Proz. auf 26 Proz. herabgesetzt worden, die oberschlesische Frage ist noch nicht entschieden, und die Stellung Englands zu den Sanktionen beweist, daß der englische Standpunkt dem französischen widerspricht und auch hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Auf alle Fälle: eine Partei, die unter gewissen Voraussetzungen das Ultimatum annehmen wollte, hat niemals das Recht, eine Regierung anzugreifen, die das Ultimatum annahm, weil sie als Folge der Ablehnung eine katastrophale Verschlechterung der Lage Deutschlands richtig voraussah.

(„Vorwärts".)

Freigesprochene Waffenschieber.

Wegen Waffenschiebungen hatte sich der Feldwebel Wilhelm Landree der 4. Maschinengewehrkompagnie in Potsdam und mehrere Mitglieder des Selbstschutzes Weißenfels vor der Potsdamer Strafkammer zu verantworten. Landree hatte bei der Zusammenschmelzung der Potsdamer Regimenter im Februar d. J. die ihm übergebenen Waffen nicht ausgeliefert, sondern sandte diese per Bahn an den Selbstschutz Weißenfels. Pro Gewehr und Karabiner wurde ihm von der genannten Organisation 150 Mk. ausgezahlt. Der Versand wurde als Eisenteile und Altgewichte deklariert. Die Waffenschiebung kam durch das Platzen einer Kiste heraus. Die Verhandlung gegen die Beschuldigten fand unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Nur den Vertretern der Presse war der Zutritt gestattet. Die angeklagten Waffenschieber aus Weißenfels machten geltend, daß sie in der Presse von einem neu bevorstehenden Aufruhr gelesen hätten und als „Akt der Notwehr" die Waffeneinkäufe gemacht hätten. Die Potsdamer Strafkammer ließ diese Einrede gelten und sprach die Angeklagten frei. Landree erhielt 4 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate und 1 Tag als verbüßt erachtet wurden. Der Rest der Strafe ist dem Angeklagten gegen Zahlung einer Buße von 1000 Mk. bei 3 Jahren Bewährungsfrist erlassen worden. —

Diese Urteile sind ein neuer Beweis für die sogenannte „Unparteilichkeit" der Richter. Durch den Freispruch der Weißenfelser Waffenschieber werden andere Reaktionäre geradezu aufgefordert, gegen die Verordnungen der Reichsregierung zu verstoßen. Auch dem Feldwebel wird das über ihn verhängte Urteil kein Anlaß sein, in Zukunft von weiteren Vergehen gegen das Staatseigentum abzusehen und die Waffenschiebungen einzustellen. Statt daß sich das Gericht erkundigt, welche Gewinne der famose Feldwebel bei seinen Schiebungen erzielt hat, gibt es diesem Manne Gelegenheit, einen Teil seines Gewinnes als Ersatz für Gefängnisstrafe zu zahlen. — Was sagt der Hüter der deutschen Rechtspflege, Herr Reichsjustizminister Dr. Schiffer, zu dieser Auffassung seiner reaktionären Richter in Potsdam?

Sprünge im bayrischen „Ordnungsblock"

Aus München wird dem „Vorwärts" geschrieben:

Seit vorigem Donnerstag tagt förmlich in Permanenz ein „wichtiger Ministerrat", über dessen Beschlüsse bezw. Entschlußlosigkeit man sich die geheimnisvollsten Nachrichten zuraunt: **Millionenprojekte auf der einen Seite, Ministerskandälchen** (Landwirtschaftsminister Wutzelhofer gegen Justizminister Roth, Handelsminister Hamm **gegen den Zentrumsgott** Schlittenbauer) auf der anderen Seite.

Der tiefere Grund der gegenwärtigen Spannungen zwischen den Kahrschen Kabinettsmitgliedern dürfte in der landwirtschaftlichen Besteuerungskrisis und in der daraus resultierenden Gereiztheit zwischen Lebensmittelproduzenten und Konsumenten gelegen sein. Die Beratungen über den Entwurf zur Aenderung des Gewerbe-, Grund- und Haussteuergesetzes im Landtag haben eben gezeigt, daß in Bayern die Wirkung der Gewerbesteuer gegenüber der Grundsteuer eine [illegible] ist, und daß das Vorrecht der Landwirtschaft, das diese in der Arealhaussteuer besitzt, sich in der Form auswirkt, daß der Hausbesitzer auf dem Lande kaum mehr als 50 Pfg. Haussteuer bezahlt, also nicht entfernt soviel wie die Erhebung der Steuer ausmacht.

Die Ausführungen der sozialdemokratischen Berichterstatter über dieses krasse Mißverhältnis der Steuerbelastung von Stadt und Land haben großen Eindruck im Ausschuß wie in der breiten Oeffentlichkeit gemacht. Alles ist sich der Notwendigkeit einer baldigen Aenderung bewußt; nur der „Miesbacher Anzeiger" wütet: „Hörts ihr ihn gehen, den Sozi? Er will, daß aller liegende Besitz aufs zehnfache taxiert, mit Hypotheken belastet wird, die den gesamten Bauernstand im Land vernichten müssen!" und behauptet kühn: „Von zehn Häusern tragen heute neun viel weniger als 1914!" Dann droht er kühn mit dem Lieferstreik: „Aber der Besitzende fängt nicht damit an, daß er selber weniger ißt, sondern damit, daß er anderen weniger zu essen gibt. Er läßt wenig oder nichts mehr bauen, er kauft weniger, er stellt weniger Leute an!"

Nun hat die Spannung zwischen Stadt und Land bereits zu einem ernstlichen Zusammenstoß des Landwirtschaftsministers mit Verbraucher- und Produzentenkreisen der „Kornkammer Bayern", der Gegend von Straubing-Deggendorf, geführt. Er hatte nämlich einen Staatsanwalt wegen dessen Eingriff in die landwirtschaftliche Preisbestimmung förmlich gebrandmarkt und dadurch den stürmischen Widerspruch von Stadtvertretungen und Pressorganen, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken hervorgerufen. Neben der „Augsburger Abendzeitung" ereifert sich der „Nationalsozialist" mit folgenden Worten: „Eine Unverschämtheit sondergleichen ist es, daß ein Minister einen Staatsanwalt, der seine Pflicht tut einer Verbrechergesellschaft gegenüber, wie sie die Wucherer darstellen, mit Bestrafung bedroht. Wenn der Mann auch nur einen Funken sozialen Gewissens in sich hat, dann muß er auf eine derartige Ungeheuerlichkeit hin wissen, was er zu tun hat: Abtreten und schleunigst verschwinden!"

Also dasselbe Blatt, das den nationalistischen Schleppträger der Regierung Kahr darstellt, wendet sich gegen dessen Wirtschaftspolitik. Die Sprünge im Ministerium Kahr sind also vorhanden. Sie waren auch in einer zweimaligen Ministerratssitzung nicht zu überkleistern. Nächste Woche sollen die Referenten des Justiz- und Landwirtschaftsministeriums die Flickarbeit von neuem aufnehmen. Nicht wiedergutzumachen sind aber die gehässigen persönlichen Ausfälle des Führers der Bayerischen Volkspartei gegen den Demokraten Hamm, dem unlautere Beziehungen zu der Firma Wertheimer vorgeworfen waren.

So wird auch das Ministerium Kahr mit der Zeit nicht dem Schicksal jeder Gewalt- und Haßregierung entgehen — dem traurigen Ende durch das Aufgehen der selbst ins Volk gelegten Saat der Unduldsamkeit und Vergiftung.

Die Berliner Wahlen.

Weyl gegen Bruderkampf.

In der „Kommunalen Praxis" veröffentlicht Gen. Viktor Noack einen Aufsatz: „Berliner Stadtverordnetenwahlen, politische Wahlen!", worin er über eine Unterredung mit dem bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl folgendes berichtet:

Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, Dr. Weyl zu bitten, sich über seinen persönlichen Standpunkt in der die gesamte Arbeiterklasse jetzt so stark bewegenden Frage der Einigung zu äußern. Seine Antwort ging davon aus, daß unter dem Zwange der Verhältnisse in der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung bereits so etwas wie eine Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fraktionen entstanden, dem Uebereinkommen und Zusammenhalten der drei Fraktionen schon so mancher, der Arbeiterklasse sehr wertvolle Beschluß zu danken ist. Man fand sich von Fall zu Fall auf der gemeinsamen Basis, als welche das Maximum der Forderungen der einen und das Minimum derer der andern Partei sich ergaben. Allerdings biete die Geschichte der jetzigen Stadtverordnetenversammlung Momente, die auch die Bruderparteien zu einer herberen Kritik herausfordern (Oberbürgermeisterwahl). Dr. Weyl bezeichnet auch die Kommunisten als Bruderparteien; seien ihre Führer auch teilweise Ideologen, deren Forderungen der Sozialdemokrat bekämpfen müsse, so seien doch ihre Anhänger irregeleitete Arbeiter und als solche „unsere Brüder und Schwestern, deren Interessen wahrzunehmen wir bestrebt sind".

„Ich möchte mich aber" — fuhr Dr. Weyl fort — „stark machen dafür, daß dieser Wahlkampf geführt werden soll ohne Schroffheiten gegen die rechts oder links in gemeinsamer Front mit uns gegen den Bürgerblock kämpfenden sozialistischen Parteien unter der gemeinsamen Parole: „Gegen den Bürgerblock, gegen den Bruderkampf!" Das braucht eine klare, sachliche Aussprache über die verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen der drei Parteien nicht auszuschließen."

Gen. Noack bemerkt dazu:

„Diese Ausführungen des unabhängigen Führers sind m. E. sehr beachtenswert. Berliner Stadtverordnetenwahlen bedeuten infolge der Prominenz der Reichshauptstadt in der Welt mehr als Gemeindewahlen sonstwo. Die bevorstehenden Berliner Stadtverordnetenwahlen sind von den reaktionären Parteien in provokatorischer Weise gewaltsam herbeigeführt. Man unterschätze nicht die hochpolitische Bedeutung dieses Spiels mit dem Feuer. Die Reaktion glaubt, ihre Zeit sei gekommen. Vielleicht ist die Gelegenheit für uns günstig, die Probe aufs Exempel zu machen."

Das Koalitionsrecht der Soldaten aufgehoben!

Das Reichswehrministerium hat folgende Verfügung erlassen:

„Auf Grund des § 37 des Wehrgesetzes verbiete ich den Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften) die Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten und zum Deutschen Offiziersbund.

Ich halte mich zu diesem Verbot aus grundsätzlichen Erwägungen im Interesse von Staat und Wehrmacht verpflichtet, weil ich in der Art der Organisation und Betätigung dieser Verbände eine Gefahr für die Disziplin, die Kameradschaft und den inneren Zusammenhang der Truppe erblicke, wenn auch den Bünden selbst, wie ich gern anerkennen will, die Absicht, auf die Disziplin störend zu wirken, fern gelegen hat.

Um etwaige Härten bei dem Ausscheiden der Soldaten aus den Wohlfahrtseinrichtungen dieser Verbände zu vermeiden, ermächtige ich die Wehrkreiskommandeure und Marine-Stationschefs für das Ausscheiden aus den Wohlfahrtseinrichtungen Uebergangsbestimmungen zu treffen und ersuche, mir über die Anordnungen zum 15. August d. J. Bericht zu erstatten."

Hierzu wird dem „Vorwärts" geschrieben:

Das Verbot ist eine Verfügung des Ministers, vor deren Erlaß weder das Kabinett noch der Reichstag noch die gewählte Vertretung der Truppe, die Heeres- und Marinekammer, gehört worden sind. Der Reichstag hat im Wehrgesetz den Sol-

daren grundsätzlich das Recht der Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinigungen zugestanden. Unterdessen hat zwar der „Deutsche Offiziersbund" in wiederholten hochpolitischen Kundgebungen gegen die Reichsregierung Stellung genommen, während das Verhalten des Reichswirtschaftsverbandes nach mehrfachem eigenen Zugeständnis des Ministers einwandfrei gewesen ist. Wenn nun der Minister lediglich aus dem Zwange heraus, gegen offenkundige Verfehlungen der Offiziere einschreiten zu müssen, auch den Unteroffizieren und Mannschaften den letzten Rest ihrer staatsbürgerlichen Rechte nimmt, so mögen die Unteroffiziere und Mannschaften durch das ihnen widerfahrene Unrecht sich nicht provozieren, nicht zu Unüberlegtheiten hinreißen lassen, durch die sie ihre gerechte Sache nur in Mißkredit bringen könnten, sondern darauf vertrauen, daß die Volksvertretung ihr Recht gegenüber dem Minister wahrnehmen wird.

Die Reichsflagge wird niedergeholt!

Aus Borkum wird uns berichtet, daß vor einigen Tagen ein Eisenbahnsekretär eine tausendköpfige Menge am Strand versammelte, um die Niederholung der schwarz-rot-goldenen Flagge zu erzwingen. Nur dem Eingreifen eines Polizeibeamten war es zu verdanken, daß keine Exzesse erfolgten. Bedauerlich und charakteristisch zugleich ist es, daß sich sogar Reichswehrsoldaten daran beteiligten, die auch der Aufforderung des Polizeibeamten, ihm zu unterstützen, nicht nachkamen. Sie gingen sogar so weit, auf Vorhalten einzelner Kurgäste, die sie darauf aufmerksam machten, daß sie dieser Flagge die Treue geschworen hätten, zu fragen, ob die Betreffenden denn dabei gewesen seien? Während der Polizeibeamte fortging, um Hilfe zu holen, kam ein Gendarmeriewachtmeister und holte die Flagge tatsächlich ein. Was sagt Geßler zu diesen treuen Beschützern der Republik? Vielleicht zieht der Minister auch darüber Erkundigungen ein, ob und wann die Reichswehrsoldaten, die gegenwärtig auf Borkum anwesend sind, auf die Verfassung vereidigt wurden?

*

Vielleicht schämen sich die Borkumer Flaggenstürmer, wenn sie folgende Düsseldorfer Nachricht lesen:

Der Kommandierende General und Kommandant von Düsseldorf, General Hennocque, einer der typischsten Vertreter des Militarismus im besetzten Gebiet, hat nur das Flaggen in den Farben der Rheinprovinz gestattet.

Weitere Bundesgenossen finden die Borkumer in Horthy-Ungarn. Dort wird nämlich zur Beeinflussung Frankreichs gegen die Abtretung des Burgenlandes an Deutschösterreich behauptet, daß im Burgenland verschiedentlich die deutsche Reichsfahne gehißt worden sei, noch dazu in Orten, die nach der ungarischen Statistik rein kroatisch sind!

Zu unserer kürzlich erschienenen Notiz „Auslandsdeutsche und Schwarz-Rot-Gold" schildert ein Parteigenosse aus dem Kreise Lauban in Schlesien, welch peinlichen Eindruck es machen mußte, als letzthin bei einem bäuerlichen Turnvereinsfest in Haindorf-Liebwerda sämtliche Teilnehmer schwarz-rot-gold trugen, bis auf einige Reichsdeutsche, die mit schwarz-weiß-rot einherstolzierten. Was mögen die Deutschböhmen von solcher Reichsgesinnung denken?

Geldstrafe statt Gefängnis.

Gänzlich unbeachtet ist geblieben, daß kürzlich der preußische Justizminister Am Zehnhoff bei Beratung seines Etats mitteilte, er habe beim Reichsjustizministerium einen Gesetzentwurf über Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen beantragt. Jetzt meldet die TU. aus München, daß nach einer Mitteilung des bayerischen Justizministeriums im Reichsjustizministerium der Gesetzentwurf über die Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen ausgearbeitet wird. Es soll künftig ein Tag Freiheitsstrafe mit 150 Mk. Geldstrafe gleichgesetzt werden (bisher 15 Mk.). Die Vorlage wird schon in allernächster Zeit erscheinen und die neuen Bestimmungen sollen am 1. Oktober in Kraft treten. Diese Meldung ist unvollständig. Der preußische Justizminister wünschte, daß alle Strafen bis zu einem Monat Gefängnis mit Geldstrafe ablösbar gemacht werden sollten, wenn der Richter entsprechend entscheide.

Ein Monat Gefängnis gleich 4500 Mk. Geldstrafe! Die armen Schlucker werden bei den Gefängnispreisen weiter eingesperrt werden, die Wohlhabenden werden sich die Freiheitsstrafe mit viereinhalb Tausendern ersparen können.

Zensur unserer Parteipresse.

Die tägliche Kritik, die unsere Parteipresse an den bayrischen Mißständen übt, scheint den bayrischen Behörden doch weit unangenehmer zu sein, als sie vor der Oeffentlichkeit zugeben wollen. Hierauf läßt wenigstens ein Vorfall schließen, der uns soeben von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird:

Das Reichspostministerium, Abteilung Bayern, verfügte unter Berufung auf einen Beschluß des „Reichsverbandes der deutschen Presse", daß dem sozialistischen Korrespondenten, der von Süddeutschland aus die Unterrichtung verschiedener Parteiblätter leitete, die dreifachen Telephongebühren angerechnet werden wie seinen bereits eingeführten bürgerlichen Kollegen. Die Begründung lautet folgendermaßen:

„Die Berechnung der „Dringend-Presse"-Gespräche erfolgt nur dann nach dem einfachen Tarif, wenn der Korrespondent ein „Durchschnittskontingent", berechnet aus der Tätigkeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1920, aufzuweisen hat. Ein Beschluß des „Reichsverbandes der deutschen Presse" verhindert somit die Belieferung von sozialistischen Blättern zu dem normalen Pressetarif, wenn sie nicht schon 1920 telephonisch bedient worden sind."

Die Folge dieser echt bayrischen Verfügung ist die, daß sich die kleinen kapitalschwachen Arbeiterblätter für eine weitere telephonische Berichterstattung außerstande gesetzt sehen — und der unangenehme Mahner soll so zum Schweigen gebracht werden! An Stelle der sozialistisch-politischen Nachrichten, die der Reinigung der öffentlichen Atmosphäre dienen, werden nun wieder zur Hauptgeschäftszeit Börsen- und Jobbergespräche mit ermäßigtem Tarif über die Drahtleitungen eilen, während die Stimmen der sozialistischen Kritik lahmgelegt werden soll. Vor Genehmigung des neuen Fernsprechtarifs werden die Bestimmungen des Reichsverbandes der deutschen Presse nochmals einer Beratung unterzogen. Mögen diese Herren es sich gesagt sein lassen, daß die Arbeiterschaft sich der Bedeutung eines unabhängigen Nachrichtendienstes bewußt ist und daß auf diesem Wege zu allerletzt eine Einstellung der sozialistischen Kritik zu erwarten ist.

Der wiedergefundene „Dolch".

V. Der englische Schriftsteller General Maurice erfand lange nach dem 10. November das Wort vom Dolchstoß von hinten. Unsere Nationalmaulhelden sind seither damit reichlich krebsen gegangen. Gegenüber der Masse an nüchternen Tatsachen, die den Unsinn vom Dolchstoß tausendfach widerlegten, ist es dann einigermaßen still geworden. Jetzt aber hat die Rechtspresse den ihr verloren gegangenen Dolch wiedergefunden. Es sind aber nicht mehr die deutschen Sozialdemokraten, sondern die österreichischen Sozialisten, die den Stoß geführt haben sollen. Man stützt sich bei dieser Behauptung auf eine Broschüre „Aus Oesterreichs Revolution", die der Genosse Dr. Deutsch im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung hat erscheinen lassen.

Stellen wir wieder einmal die Tatbestände in die richtige Reihenfolge.

Ludendorff und Hindenburg erzählten im Sommen 1918, daß es ihnen durch ihre Offensive endlich gelungen sei, die ganze Fochsche Reservearmee aufzureiben. Am 11. Juni 1918 erklärte der Kriegsminister v. Stein im Reichstag: „Die sogenannte **Fochsche Reservearmee besteht zurzeit überhaupt nicht mehr!"** Einen Monat danach erstickten die Reservearmeen der Alliierten die letzte Kraft des deutschen Heeres. Es kam der Zusammenbruch der Ludendorffschen Offensive und der 14. September. Burian veröffentlicht für Oesterreich eine Note an alle kriegführenden Staaten und bittet um Friedensverhandlungen.

Am 26. September meldet Wolff: „Bulgarien hat der Entente die Einstellung der Feindseligkeiten vorgeschlagen." Der Staatssekretär v. Hintze erklärte dennoch im Hauptausschuß des Reichstages: „Ein Anlaß, das Spiel Bulgariens heute schon verloren zu geben, liegt weder für Bulgarien noch für uns vor!"

Am 30. September meldete der englische Generalstabsbericht die Kapitulation der türkischen Streitmacht.

Am 1. Oktober geht beim Auswärtigen Amt ein Telegramm ein: „General Ludendorff wünscht, **das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten,** die sich verzögern könne."

Der Prinz Max von Baden und seine Regierung sehen die Gefahr dieses plötzlichen Zusammenbruchs Ludendorffs. Max von Baden versucht zu halten, aber Hindenburg telegraphiert: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer Forderung des sofortigen Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. —

Infolge des Zusammenbruches der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen Verluste zu ergänzen, **besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.**

Noch steht das deutsche Heer fest gefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen."

Und am 28. Oktober telegraphiert Hindenburg: „Ich und General Ludendorff stimmen dem mitgeteilten Wortlaut der Antwortnote an Wilson zu."

Was sagte dazu die heutige Dolchstoßpresse? Die „Post" schrieb am 18. November 1918:

„Danach hat General Ludendorff am 1. Oktober d. J. unsere militärische Lage für verzweifelt gehalten und sofortiges Waffenstillstandsangebot gefordert. Acht Tage darauf gestand er ein, sich in der Bewertung der Kriegslage geirrt zu haben. **Einen folgenschwereren Irrtum hat es nie gegeben. Er hat ein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert."**

Und die „Kreuzzeitung" schrieb am 13. November: „. . . . die militärische Leitung hat, ohne jede politische Bestimmung ihrer Kampfziele und in Unterschätzung unserer Feinde geglaubt, **den zerschmetternden Sieg nach allen Seiten erfechten zu können.** So ging der Krieg verloren und begrub in seinem Ausgang den deutschen Kaiserstaat unter seinen Trümmern."

Diesen Tatbeständen braucht nichts hinzugefügt zu werden, höchstens das, daß man auch durch hunderttausend Lügen die von uns eben wieder festgestellte Wahrheit nicht beseitigen kann.

Der Programm-Entwurf.

Von Otto Friedrich.

Um den Entwurf für unser neues Parteiprogramm sind — wie zu erwarten war — heftige Meinungsverschiedenheiten entstanden. Als erster hat Gen. David im „Vorwärts" einzelne Programmpunkte angegriffen; wir werden dieser Tage seine Ausführungen ganz oder im Auszuge unsern Lesern vermitteln.

Zur Eröffnung der Diskussion im „Volksboten" geben wir das Wort dem Genossen Friedrich. **Wir bemerken ausdrücklich, daß wir uns unsere eigene Stellungnahme vorbehalten.** Wir werden nach Erscheinen des angekündigten Kommentars selbständig eine Zusammenfassung und gleichzeitig eine Kritik des neuen S.-P.-D.-Programms bringen.

Redaktion des Volksboten.

Seit nunmehr dreißig Jahren hat die deutsche Sozialdemokratie unter dem Panier des Erfurter Programms Schlachten geschlagen und Schlachten gewonnen. Zwar hat es niemals an mehr oder weniger gewichtigen Stimmen gefehlt, die auf eine Aenderung dieses Programms hindrängten, weil sie es gegenüber der Macht der Tatsachen nicht für hieb- und stichfest genug hielten, aber es gelang immer wieder, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen, weil die Partei selbst noch zu keiner inneren Klärung gelangt war.

Immerhin waren schon vor dem Weltkriege die Verhältnisse so weit gediehen, daß die Partei über kurz oder lang einer gründlichen Umgestaltung ihres Parteiprogramms nähertreten mußte. Denn aus der einstigen unbedeutenden Oppositionspartei war die deutsche Sozialdemokratie im Laufe der Jahre zur größten politischen Partei im Reiche herangewachsen. Sie mußte sich deshalb mit einer ganzen Reihe von Fragen auseinandersetzen, die im Erfurter Programm ihren Niederschlag nicht gefunden hatten.

Selbst wenn also der Weltkrieg die normale Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland nicht unterbrochen hätte, würde die Partei nicht darum hinweggekommen sein, sich ein neues Programm zu geben. Aber da kam der Weltkrieg mit seinem unglücklichen Ausgang für Deutschland. Der Militärstaat brach kläglich zusammen. Die deutsche Sozialdemokratie, die bis dahin fast nur Gegenstand der Gesetzgebung gewesen war, wurde nunmehr sozusagen über Nacht Träger der Gewalt und der Gesetzgebung in der nach dem Zusammenbruch begründeten Deutschen Republik. Nunmehr ließ sich die Neuformung des Parteiprogramms nicht gut länger mehr aufhalten. In vieler Beziehung war das Erfurter Programm durch die Tatsachen überholt, und diesem Umstand mußte die Partei ohnehin Rechnung tragen, wenn sie Neuland erobern will. So kam der Parteitag, der im Oktober 1920 in Kassel stattfand, zu dem Beschlusse, eine Programmkommission einzusetzen, dem nächsten Parteitage einen neuen Prorgamm-Entwurf vorzulegen. Diese Kommission hat sich jetzt ihres Auftrages entledigt und stellt den von ihr ausgearbeiteten Entwurf zur Diskussion der Parteigenossen.

Aus der Wiedergabe im „Volksboten" wissen die Leser, daß er etwas recht länglich geraten ist und nahezu zwei Druckseiten füllt. Wer ein Programm nach der Elle mißt, wird also auf alle Fälle auf seine Rechnung kommen. Aber die Länge allein tut es noch nicht. Im Gegenteil: ein Parteiprogramm ist um so wirkungsvoller, um so werbekräftiger, je weniger umfänglich es ist. Bei der Aufstellung ihres Entwurfs hätte die Programmkommission die goldenen Regeln nicht außer acht lassen dürfen, die Wilhelm Liebknecht, der doch schließlich von der Sache auch etwas verstand, einst in Erfurt als Referent und Kommissions-Berichterstatter aufgestellt hat.

Er sagte damals, wie man im Protokoll nachlesen kann: „Vor allen Dingen — das darf nicht aus den Augen verloren werden — muß ein Programm in einer klaren und allgemein verständlichen Sprache abgefaßt sein, es muß kurz und korrekt, es darf wissenschaftlich nicht anfechtbar sein. Alle diese Eigenschaften: verständliche Sprache, Kürze und Wissenschaftlichkeit zu vereinigen, ist außerordentlich schwer. **Man kommt leicht dazu, mehr in einem Programm sagen zu wollen, als hineingehört.** Man darf nicht ein Programm verwechseln mit einem Manifest . . . . . Was in ein Manifest gehört, gehört nicht in ein Programm. Und weiter: **wenn ein Programm auch deutlich sein soll, so kann es doch nicht zugleich ein Kommentar sein.** Die Agitatoren, die Journalisten, die „Gelehrten der Partei" haben die Kommentare zu geben. **Das Programm soll die Grundsätze mit den aus ihnen erwachsenden Forderungen, jedoch keine Erläuterungen dazu enthalten, es soll bloß so viel sagen, als im Interesse der Verständlichkeit unbedingt notwendig ist."**

Legt man diesen Maßstab — und wer wollte seine Richtigkeit bestreiten! — an den soeben veröffentlichten Entwurf, so muß das Urteil geradezu vernichtend ausfallen. Wohl kann man zugeben, daß seine Sprache halbwegs verständlich ist. Das ist aber auch das einzige, was an ihm lobenswert ist. An die Stelle der Kürze ist eine nicht mehr zu überbietende Breitschweifigkeit getreten. Da der Entwurf jedem etwas bringen möchte, hat er sich zu einem wortereichen Kommentar ausgewachsen. Zu alledem sind **an die Stelle der Wissenschaftlichkeit vielfach** Gemeinplätze getreten.

Ein Programm soll und muß eine schmetternde Fanfare sein, wenn es seine Wirkung und Werbekraft auf die noch abseits stehenden Massen nicht verfehlen soll. Der Entwurf, den die Kommission uns vorlegt, gleicht einem spießbürgerlichen Potpourri, zusammengewebt aus beliebten Volksmelodien. Wenn der Meister Marx noch lebte, er würde zu diesem Entwurf vermutlich noch ganz andere Töne finden, wie einst in dem berühmten Briefe an Wilhelm Bracke, in dem er das Gothaer Einigungsprogramm kritisch zerfetzte.

Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, unter denen die Kommission an die Ausarbeitung ihres Entwurfes gehen mußte. Die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die der Weltkrieg und das Versailler Diktat gezeitigt haben, befinden sich noch immer im Fluß. Alles schwankt. Alles wankt. Nichts steht fest. Aber deshalb muß gerade in der Erscheinungen Flucht das Programm der Partei den ruhenden Pol bilden, um den sich alles scharen kann, das aus dem wilden Chaos dem Sehnsuchtsland der Zukunft zustrebt.

Der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt entspricht in keiner Weise einer einzigen aller dieser Vorbedingungen. Trotz seiner Aufgeblasenheit und Aufgeblähtheit mangelt ihm jede Werbekraft. Er ist denn auch nicht das, was die große Mehrheit der Partei als Programm ersehnt.

Volkswirtschaft.

Steigen der Butterpreise.

Hamburg, 20. Juli. In der heutigen achten Auktion der Meierei-Verbände für Schleswig-Holstein machte sich bei ziemlich lebhafter Nachfrage ein weiteres Steigen der Butterpreise bemerkbar. Die Preise bewegen sich von 24—26,65 Mk. das Pfund gegen 23,25—24,45 Mk. auf der vorwöchigen Auktion.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 20. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		20. Juli.	19. Juli.
Holland	100 fl.	2442.50	2447.50
Kopenhagen	100 Kr.	1185.—	1177.50
Stockholm	100 Kr.	1600.—	1617.50
Kristiania	100 Kr.	1007.50	1012.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.50	129.75
Schweiz	100 Frs.	1262.50	1277.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.75	10.87
Budapest	100 K.	24.62	24.50
Prag	100 K.	99.50	100.50
Spanien	100 Pesetas	990.—	990.—
London	1 £	276.75	278.—
Paris	100 Frs.	602.—	604.—
Belgien	100 Frs.	585.—	590.—
Italien	100 Lire	350.—	352.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	77.12	77.75
do. briefl. Ausz. od. Scheck		76.87	77.50
Bukarest	100 Lei	106.—	108.50

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 21. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
D.		Saturn	Stoewen	Flensburg		12
D.		O. Ippen	Gramko	Stettin	3	
D.		Nissan	Karlson	Malmö		16
D.		J. Lehmann	Bethmann	Emden	1½	

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Gesund ist **Cafetin**

da nur – aus **allerbesten**, dem Magen bekömmlichen – – den Nerven **unschädlichen** Rohstoffen – – hygienisch **einwandfrei hergestellt** – – den **höchstmöglichsten Gerste- bzw. Malzkaffeezusatz** enthaltend –

der gesunde sparsame Ersatz für Bohnenkaffee.

Ueberall für M. 3,50 das Pfund erhältlich.

53 4200

Erklärung!

Die über mich in Umlauf gebrachte Behauptung, ich solle in einer Innungsversammlung gegen die Forderungen der Friseurgehilfen gesprochen haben, erkläre ich hiermit für unwahr. Durch diese Behauptung bin ich gezwungen, öffentlich zu erklären, daß ich stets auf gütliche Einigung im Interesse der Gehilfen hingewirkt habe.

Die Verbreiter der erwähnten Behauptung erkläre ich hiermit für gemeine Verleumder. (4305

Wilhelm Benthin, Friseur, Marlistr. 44a.

An unsere Abonnenten!

Bis zum 24. eines jeden Monats müssen unsere Boten laut Tarifvertrag abgerechnet haben.

Wir bitten daher unsere verehrlichen Abonnenten, den Bezugspreis für den Monat Juli für die Einkassierung bereit zu legen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Sitzung

sämtl. Betriebsräte und Lohnkommission der Kohlenplatzarbeiter am Freitag, dem 22. Juli abends 7½ Uhr, 4295 **im Gewerkschaftshaus.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur silbernen Hochzeit danken herzlich (4287

H. Zarnow und Frau

Schlutup. geb. Freitag.

Deutscher **Landarbeiter-Verband.**

Ortsgruppe Dissau.

Todes-Anzeige.

Am 19. Juli starb plötzlich und unerwartet der Kollege (4297

Friedrich Fock,

Kurau.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Beerdigung Freitag, den 22. Juli, nachm. 12¾ Uhr, vom Trauerhause.

Der Vorstand

Maurer

für Arbeiten in der Stadt gesucht. (4292

Hermann Kassun, Maurermeister, **Moislinger Allee 55 b.**

E. 3-Z.-Wohnung i. d. Kerckringstr. oder Friedenstr. z. tauschen ges. gegen eine 3-Z.-Wohn. mit Kammer u. Hofbenutzung f. Kaninchen. Ang. unt. **M J 21** an die Exp. (4293

Eine g. 2-Z.-Wohn. g. gleiche zu tauschen. Elsässerstr. 40 a, 4250) Hinterh.

Gesucht ein leeres Zimmer. Ang. u. **F 6** an die Exp. (4283

Mögl. große **Kellerräume** s. sof. ges. Ang. u. **M F** an die Exp. d. Bl. (4286

Ein Kinderwagen und e. Diele mit Küken zu verk. 4281) Alt-Kenfeld 37.

Hell. Kindermag. w. neu z. vk. 4299) Hundestr. 89—93, II. r.

Pappkartons, gebr. b. abzug. Hüxterdamm 2, Schuhgesch. (4282

Ein gut erh. w. Kinderwagen z. verk. Kahlhorststr. 46 a. (4279

E. Gartenschlauch, 7 m lang still. z. verk. Kröpenstr. 7, pt. (4301

Gut erh. Gehrock f. m. schl. Figur u. neue Damenuhr zu verk. Engelsgr. 77/5. (4288

2 Sau Ferkel und Jungsauen zu verkaufen. **Paul Stüwe,** (4300 Schönböckener Straße 18.

Wir empfehlen zum Abonnement

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Gesellschaftskritik

Preis für das Heft M. 1.50

Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen

Billig! Billig!

Geräucherte Schinken in Scheiben Pfd. **15.00** Mk. Rollschinken im Aufschnitt Pfd. **16.00** Mk. (4294 Wiederverkäufer Engrospr.

Wilh. Prestin, Schwönekenauerstr. 15.

Der Puppendoktor heilt jede kranke Puppe. 4271) E. Hertel, Hüxstr. 74

Schnellzeichen-Apparat **Polygraph** D. R. P. Unentbehrl. f. jedermann **10 Mark** franko Nachnahme. **H. Honig, Köln** 4275) Viktoriastr. 12.

Freitag und Sonnabend: **frische Seefische.** Seeaal ℔ 1.20 Mk. Kabeljau, Seelachs, Lengfisch ℔ 1.50 Mk., Schellfisch ℔ 1.50 Mk., Fischkarbonade ℔ 2.50 Mk. Goldbutt, lebende Aale, billigst. (4296

Johs. Boy. 46 Markthallenstand 47. Fernruf Nr. 8875.

Stühle werden geflochten, Strümpfe mit der Hand gestrickt Weißhoffstr. 18 III. (4266

Günstiges Angebot! Schlafzimmer, kompl., eichen lack., m. echtem Marmor, Spiegel und Auflege-Matr. (4291 **2750 Mk.** Möbel- u. Bettenhaus **Heine,** Depenau 8.

Damenfriseursalon Frau Martha Heins 4308) Schüsselbuden 35. I.

Neues Volksliederbuch

mit Anleitung zur Lautenbegleitung.

Preis Mk. 5.50.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Anzeigen

für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten" Johannisstraße 46.

Enorm billig!

Reste und Abschnitte

die sich während des Ausverkaufs ansammelten, kommen in den nächsten vier Tagen, **Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend,** zum Verkauf. Auf die schon herabgesetzten blauen Preise gewähre ich in diesen Tagen einen

Extra-Rabatt von 10% (4307

Ausserdem einige Extra-Angebote:

Damen-Beinkleider	mit Volant, mit Zacken und Bändchen garniert	**19.50**
Dam.-Hemden	4eckig ausgeschnitten, mit Hohlsaum-zacken, gute Qualität	**24.50**
Prinzeß-U.-Röcke	mit breitem Stickerei-Volant und Einsatz	**69.50**
Fert. Handtücher	gesäumt und gebändert, prima Halbleinen-Qualität . . . Stück	**18.80**
Fert. Handtücher	Waffel-Qualität, mit roter Borde und Franzen . . . . . Stück	**5.90**
Geschirrtücher	blau-weiß kariert, 45×45 cm groß, ... Stück	**4.95**
Geschirrtücher	rot-weiß kariert, 60×70 cm groß, prima Halbleinen . . . . . Stück	**12.80**
Gerstenkorn	für Handtücher, 46 cm breit, gebleichte Ware, mit Borde . . . . . Meter	**8.90**
Gerstenkorn	53 cm breit, prima Halbleinen, extra stark . . . . . Meter	**12.80**
Wäschetuch	mittelfädige, solide Qualität, 70 cm breit . . . . . Meter	**8.95**

Hans Struve

Lübeck Königstr. 87/89 Ecke Wahmstr.

Rendsburg. Neumünster. Itzehoe.

Empfehle sämtliche **Fleisch- und Wurstsorten** in bester Qualität. **Speck, fett u. mager, Pfd. Talg 8.00 Otto Reining,** Lübeck, Stockelsdorf. 4277) Telephon 1521.

Zigarrenhaus Fünfhausen Für Raucher (4272 beste Bezugsquelle. Inh.: P. Gerhard, Fünfhaus 31

Wir empfehlen:

Hemdentuche.	Meter 10.90, 9.50	**7.90**
Nessel.	„ 9.20, 8.90	**7.90**
Bettbezüge.	6 m, weiß, 72, 65.40	**53.40**
Bettbezüge.	6 m, farb., 87, 82.50,	**75.00**
Damastbezüge.	4 m, 168, 154,	**144.00**
Bettlaken.	2 m, 88.—, 64.—,	**39.50**
Inlett.	140 cm br., pa. Ware, m	**49.50**

Walter Griephan & Co. 4298) **Lübeck, Hüxstraße 74.**

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (4270

Otto Albers Markt 4 Kohlm. 10 Mgl. d. K.-Spar.-V. Lübeck

Ziehung 18. bis 24. Aug. **Wohlfahrts-Geld-Lotterie** 28 678 Gewinne = M

Hauptgewinne:	**1000 000**
	100 000
	80 000
	70 000

4284)

Lose à 6.— M Porto u. Liste M 1.50 mehr, empfiehlt u. versendet **Rudolf John,** Bankgeschäft **Hamburg 39.** Sternschanze 32, Postscheck-Konto 27 395.

Eimerbier. Freitag von 4—6 Uhr. 4304) **Hermann Stamer.**

Bitte, sofort bestellen!

Der Wahre Jacob

Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erscheint alle vierzehn Tage

Preis der Nummer 60 Pf.

Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

Kaufen Sie bei uns:

Moderne Damen-Konfektion, Moderne Herren-Anzüge, Kleiderstoffe, Waschstoffe, Hemdentuche, Reelle Schuhwaren.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstraße 1. St. Petri 2—4.

Arbeiter- und Berufskleidung billig und haltbar. 4303

Neuer Seeweg

nach den

OSTSEE BÄDERN

mit Salonschnelldampfer „Grille" des Norddeutschen Lloyd Bremen

Von **Lübeck-Travemünde** nach **Timmendorfer Strand, Neustadt i. Holst., Grömitz—Dahme** und **Arendsee-Brunshaupten, Heiligendamm, Warnemünde** und zurück

Von **Swinemünde** nach **Zoppot und Danzig**

Regelmäßige Fahrten nach besonderem Fahrplan

Fahrkarten, Fahrpläne und kostenlose Auskunft an Bord des Dampfers, bei den Vertretungen des Norddeutschen Lloyd, allen Lloyd-Reisebüros und den Fahrkartenausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros und des Weltreisebüros Union, Berlin W, Unter den Linden

Norddeutscher Lloyd Bremen

Abteilung Seebäderdienst

(4278

Am Sonnabend, dem 23. Juli, findet im

Konzerthaus Lübeck

von der gesamten Kapelle des **Beamten-Vereins ehem. Militär-Musiker** ein einmaliges

Großes Konzert

unter Leitung des Herrn Dirig. **Rich. Wagner** statt, dessen Gesamt-Ertrag zum Besten des

Ober-Schlesier-Hilfswerks

abgeführt wird. Verbunden damit ist ein

Sommernachts-Ball

Bei ungünstiger Witterung finden die Veranstaltungen in den Sälen statt (4285

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Kolosseum.

Jeden Dienstag und Freitag

Garten-Konzert

unt. Leitung d. Herrn Kapellmstrs. **Rob. Sulanke,** u. unter Mitwirkung von Frau **Herfurt-Carsten** und Herrn **Josef Immendorf.**

Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.—, Dutzendkarten Mk. 20.— ausschl. Steuer.

Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Anfang 7½ Uhr. (4274

Arbeiter-Turn- und Sportverein Lübeck.

Nachttour

am **Sonnabend, 23. Juli,** über **Pansdorf** nach **Travemünde.** Abmarsch abends 9 Uhr, vom Vereinslokal Hundestraße 41. Um rege Beteiligung ersucht

Der Turnwart.

NB. Weißer Anzug, Schlafdecken mitnehmen. (4289

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Hansa-Theater

8 Uhr. 8 Uhr.

Heute Donnerstag: **Letztes Gastspiel von Edgar Pauly.**

D. verschwundene Pauline

8 Uhr. **Freitag:** 8 Uhr.

Zum unwiderruflich letzten Male:

Mascottchen.

Sonnabend, d. 23. Juli: **Nur einmaliges Gastspiel des weltberühmten Soletänzers Iwan Orlik mit Michael Orloff** und Partnerinnen, hierzu das weltberühmte **Balalaika-Orchester.** Leitung **Dr. Severkoff.** 20 Mitwirkende. (4302 Preise: 3—18 Mk.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Ortsgruppe Seeretz.

Einladung zum BALL am **Sonntag, d. 24. Juli** im Lokale des Hrn. E. Cordts **in Seeretz.** Anfang 7 Uhr. (4303

Das Festkomitee.

NB. **Vornehme Ballmusik.**

Stadttheater Lübeck.

Anf. 7½, Freitag, 22. Juli: **Die Postmeisterin.**

Anf. 7½, Sonnabd., 23. Juli: **Die Seele schwinget sich.**

Sonntag vormittag 11 Uhr: **Einführungsfeier.**

Anf. 7½ Uhr: **Die Postmeisterin.** (4278

Beilage zu Nr. 168
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 21. Juli 1921

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 21. Juli.

Meeresstrand.

Ans Haff nun fliegt die Möwe,
und Dämmrung bricht herein;
über die feuchten Watten
spiegelt der Abendschein.

Graues Geflügel huschet
neben dem Wasser her,
wie Träume liegen die Inseln
im Nebel auf dem Meer.

Ich höre des gärenden Schlammes
geheimnisvollen Ton,
einsamen Vogelrufen —
so war es immer schon.

Noch einmal schauert leise
und schweiget dann der Wind;
vernehmlich werden die Stimmen,
die über die Tiefe sind.

Storm.

An die Metallarbeiter Lübecks.

Kolleginnen und Kollegen! Am Sonntag, dem **24. Juli**, in der Zeit von 10 bis 2 Uhr (in Klicknitz und Schlutup von 10 bis 3 Uhr) findet für die Verwaltungsstelle unseres **Verbandes die Wahl der Delegierten zum Verbandstag nach Jena statt.** Mehr denn zwei Jahre ist unser Verband der Spielball einiger mehr oder weniger kommunistisch orientierter Leute gewesen. Von ordnungsgemäßer gewerkschaftlicher Arbeit war infolge dieser Tätigkeit unverantwortlicher Personen keine Spur. Unsere Organisation, die als größte der Welt, in dem sich immer mehr zuspitzenden Kampfe der sozialistischen Weltanschauung gegen die kapitalistische zweifellos eine führende Rolle spielen wird, ist von Bruderkämpfen derartig zermürbt, daß die ursprünglichen Aufgaben, die der Organisation gesetzt waren, nicht erfüllt werden konnten. **Die Schuldigen an den Zuständen unseres Verbandes bemühen sich mit allen Mitteln, unsere Riesenorganisation den Moskauer Diktatoren in die Hände zu spielen. Das bedeutet nichts anderes, als unseren Verband zu zerschlagen. Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen ist es deshalb, am kommenden Sonntag zur Wahl zu gehen und der Liste A, der Mehrheitsliste, beginnend mit dem Namen des Kollegen Alfred Dreger, die Stimme zu geben.** Nur wer das tut, arbeitet im Interesse des Verbandes und sorgt dafür, daß in Zukunft auch von unserer Verbandsleitung wieder ordnungsgemäße Gewerkschaftsarbeit auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtete Tätigkeit ausgeübt wird.

Ein Metallarbeiter.

An die Lübecker Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft.

Wir weisen hiermit nochmals auf den Streik der Arbeitnehmer des Friseurberufes hin und ersuchen alle, die Geschäfte zu meiden, in denen entweder Streikbrecher oder gar keine Gehilfen beschäftigt werden. Wir bitten nur die Bedürfnisse in bezug auf Rasieren und Haarschneiden in den fliegenden Rasierstuben zu decken. Die Sympathie der gesamten Lübecker Bevölkerung ist bei dieser am schlechtesten entlohnten Arbeitnehmerschicht. Wir bitten, diese daher in die Tat umzusetzen und nur fliegende Rasierstuben aufzusuchen.

Die Streikleitung.

Achtung, Bauarbeiter! Die Sperre über die Firma Leon aus Kiel, Brunnenbau (Wasserwerk) ist zugunsten der Arbeiter erledigt und damit aufgehoben.

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes.

Achtung, Jungsozialisten! Heute, Donnerstag, abends ½8 Uhr, Zusammenkunft im Heim „Zur alten Post", Fünfhausen 30. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Arbeitsausschuß.

Landarbeiter, laßt Euch nicht in wilde Streiks hetzen! Nachdem die Verhandlungen der neuen Lohnkommission und der Organisationsleitung mit den Arbeitgebern leider zu keinem Ziele geführt, versuchen die Kommunisten, die Landarbeiter in Streiks zu hetzen, ja man fordert in der „Nordd. Arbeiterzeitung" öffentlich zum Streik auf. Die Gauleitung des Landarbeiterverbandes ist bemüht, alles zu tun, was im Interesse der Landarbeiter nötig ist, keinesfalls dürfen aber die Verbandskollegen übereilte Schritte begehen, sondern nur dann in den Streik treten, wenn alle Mittel erschöpft sind und die Verbandsleitung die Genehmigung erteilt hat.

Die Gauleitung 6 des D. L. V.

Die gesprengte Betriebsrätevollversammlung.

Ein unsagbar trauriges Bild bot sich Mittwoch abend den Augen der gesamten Oeffentlichkeit dar, als wiederum ein kleiner Trupp von Personen ein ordnungsgemäßes Arbeiten der höchsten Instanz der Lübecker Arbeiterschaft, der Betriebsrätevollversammlung, unmöglich machte. Infolge der Ereignisse der vorletzten Vollversammlung der Betriebsräte hatten die Instanzen der Betriebsrätezentrale beschlossen, für die Zukunft die bis dahin geübte Gepflogenheit, unter vollster Oeffentlichkeit zu tagen, aufzuheben, um ordnungsgemäß arbeiten zu können. Die gestrige Vollversammlung gab mit übergroßer Mehrheit diesem Beschluß der Instanzen ihre Zustimmung. In dem Moment, als dieser Beschluß den draußen stehenden Personen, die zum größten Teil nicht Erwerbslose waren, bekannt wurde, versuchten sie durch einen Ansturm in den Saal einzudringen. Dies gelang ihnen und die Versammlung wurde daraufhin zunächst vertagt, in der Hoffnung, daß es gelingen würde, doch noch zu einem ordnungsgemäßen Arbeiten zu kommen. Es zeigte sich, daß dies unmöglich war, da einige Tribünenbesucher sich einbildeten, der wichtigsten Vertretung der Lübecker Arbeiterschaft ihre vollständig unmaßgebliche Meinung aufzuzwingen. Infolge dieser Vorkommnisse war es nicht möglich, daß die Betriebsrätevollversammlung zu dem wichtigsten Problem der Erwerbslosen Stellung nehmen konnte. Der Bedeutung dieses Nichtzustandekommens dieser Versammlung sind sich zweifellos die Drahtzieher dieser Aktion nicht bewußt. Oder sollten sie absichtlich die Möglichkeit einer Prüfung, wie die Notlage der Erwerbslosen zu lindern sei, verhindern wollen? Fast erscheint es uns so. Wie schwer würden die Erwerbslosen darunter zu leiden haben, wenn die Vertreter der Lübecker Arbeitnehmer derartige unerfreuliche Erscheinungen zum Anlaß nehmen würden, um jede Hilfeleistung für die Erwerbslosen für die Zukunft abzulehnen. Wir bitten deshalb trotz der gestrigen Empörung alle Betriebsräte und Betriebsobleute, nach wie vor den Erwerbslosen Lübecks, die nicht identisch sind mit den Personen, die gestern den Gegnern der Arbeiterschaft dies Schauspiel für Götter lieferten, ihre Hilfe zuteil werden zu lassen.. Die Betriebsräte Lübecks werden Mittel und Wege finden, trotz der systematischen Sabotage ihrer Arbeiten wichtige der Allgemeinheit zugute kommende Arbeiten zu verrichten. Die organisierten Erwerbslosen und alle diejenigen, denen es ernst ist mit der Hilfeleistung für die Erwerbslosen, ersuchen wir, endlich einmal dafür zu sorgen, daß nicht derartig unkontrollierbar zusammengesetzte Trupps von Personen für die Zukunft in der Lage sein können, das Ansehen nicht nur der Erwerbslosen, sondern der gesamten Arbeiterschaft in den Schmutz zu ziehen. Es muß diesen Leuten die Möglichkeit genommen werden, im Namen der Erwerbslosen derartige geradezu verbrecherische Aktionen für die Zukunft unternehmen zu können. Am kommenden Dienstag wird die Betriebsrätevollversammlung erneut zusammenberufen. **Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß auf Grund des Beschlusses der gestrigen Versammlung die Tribünen geschlossen bleiben und Zutritt nur B. R. und B. O. haben.**

Die Betriebsrätezentrale.

Fahrpreiserhöhung bei der Lübecker Straßenbahn.

Die Betriebsbehörde, Abt. Straßenbahn, hat darauf hingewiesen, daß die Verwaltung der Straßenbahn in den **abgelaufenen drei Monaten** des Geschäftsjahres 1921 bereits **einen Fehlbetrag von insgesamt 136 936,16 Mk.** zu verzeichnen habe. Um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, müsse auf eine weitere Tariferhöhung Bedacht genommen werden. Von einer allgemeinen Erhöhung sei indes abzusehen, vielmehr empfehle es sich, nur solchen Fahrgästen einen erhöhten Fahrpreis vorzuschreiben, die außerhalb der üblichen Arbeitszeit die Straßenbahn benutzen.

Hiermit einverstanden, stellt der Senat, einem Antrage der Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, folgend, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft:

daß der durch Rat- und Bürgerschluß vom 31. Januar 1921 festgesetzte Straßenbahntarif, wie folgt, ergänzt werde:

1. An Stelle des gegenwärtigen **Abendzuschlages** ist auf allen Straßenbahnwagen, die **nach 9 Uhr abends** die Endstelle verlassen, der **doppelte Fahrpreis** zu erheben. **Gepäckstücke und Hunde** sind nach dem Personentarif abzufertigen.
2. An **Sonntagen** ist auf den alsdann bestehenden **werktätigen** Tarif ein **Sonntagszuschlag von 20 Pfg.** zu erheben.
3. Schüler, die nach 9 Uhr abends die Straßenbahn benutzen, haben für die Fahrt zwei Schülerfahrscheine in Zahlung zu geben.
4. Für Sonderwagen nach 9 Uhr abends, die nicht der Arbeiterbeförderung dienen, wird ein Zuschlag von 100 v. H. erhoben.

Bei Annahme dieser Bestimmungen wird, wie die Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, dargelegt hat, eine Mehreinnahme von 500 000 Mk. für das laufende Geschäftsjahr zu erreichen sein.

*

Die Betriebsbehörde und der Senat haben die Rechnung glatt gemacht. Eine kleine Sonntagsabendfahrt kostet nach obiger Aufstellung „bloß" 1,40 Mk. Ob durch eine derartige Verteuerung, die die auf Lohn und Gehalt Angewiesenen schwer belastet, der erhoffte Mehrbetrag eingebracht werden kann, möchten wir doch stark bezweifeln. Dem einen Teil wird dadurch die Benutzung der Straßenbahn vollkommen unmöglich gemacht und der andere, der diesen Fahrpreis tragen könnte, wird abgeschreckt. Bei Einführung dieser Taxe wird es nach 9 Uhr abends nur noch „Sonderwagen" geben, die — um die Worte des Senats zu gebrauchen — „nicht der Arbeiterbeförderung dienen". Denn die Fahrgäste werden leicht zu zählen sein.

*

Schwarze Listen. Aus Bauarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Wenn man das Gejammer der Bauunternehmer hört, der Wohnungsbau könne wegen Mangel an gelernten Arbeitern nicht gefördert werden, so beweist folgender Vorfall, daß es, wenn es sich darum handelt, die Arbeiter kirre zu machen, ihnen die Förderung des Wohnungsbaues Nebensache ist. Die Neustädter Unternehmer sind durch Vereinbarungen angewiesen, pro Stunde 20 Pfg. Lohn mehr zu zahlen. Doch weigern sie sich, diesem Beschluß nachzukommen. Die Maurer sagten sich dann, weil Lübeck Arbeitskräfte gebraucht, reisen wir ab und lassen die Neustädter Unternehmer ihre Arbeiten selbst fertig stellen. Ein Streik ist nicht beschlossen. Jetzt sollen die Lübecker Bundesbündler ihnen helfen und die Maurer entlassen. Bis jetzt hat eine Firma Casun sich willfährig gezeigt. Als ein Maurer ein paar Stunden gearbeitet hatte, wurde ihm erklärt, er müsse aufholten, denn er wäre mit auf der Liste. Obgleich die Firma tagtäglich Maurer sucht, wagt man diese Kraftprobe, um den Machtstandpunkt zu beweisen. Wir warnen deshalb die Maurer, um nicht in dieselbe Lage versetzt zu werden, lieber die Firma zu meiden. Auch ein Gegenstück zu der Forderung der Bauunternehmer, die gelernten Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen. Hoffentlich gehen die Betriebe nicht darauf ein. Wie obiger Vorfall beweist, fehlt dazu die Berechtigung. Aber wir wissen, was man gerne haben möchte: ein Ueberangebot von Arbeitskräften, um den Herrenstandpunkt etwas besser herauszukehren.

A. K.

Einbau von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden. Durch verschiedene Rat- und Bürgerschlüsse sind für den Einbau von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden insgesamt 885 300 Mk. bewilligt worden. Von diesem Betrage sind 716 218,82 Mk. zu Bauzuschüssen für die Herstellung von 227 Wohnungen verwendet worden. 27 425 Mk. sind als Darlehen für die Schaffung von 24 Wohnungen gegeben und 104 820 Mk. sind als Bauzuschuß für 24 Wohnungen in Aussicht gestellt worden. Nach Fertigstellung dieser 24 Wohnungen werden also 275 **Wohnungen** geschaffen sein. Der dafür vom Staate aufzuwendende Betrag wird sich auf 848 463,32 Mk. stellen. Von den bewilligten Mitteln bleiben dann noch 885 300 Mk. — 848 463,82 Mk. = 36 836,18 Mk. übrig. Sie werden nach den bisherigen Erfahrungen etwa für drei Monate ausreichen. Da die Wohnungsnot auch heute noch fortbesteht und da die Ausgaben für die Schaffung von Wohnungen durch den Einbau von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden wesentlich geringer sind, als wenn neue Wohngebäude errichtet werden, ist die Bereitstellung weiterer Mittel wünschenswert. Im Durchschnitt

Gobseck.

Erzählung von H. de Balzac.

6. Fortsetzung

Die planlos umherliegenden kostbaren Nichtigkeiten taten mir leid. In ihrer wohl abgemessenen Zusammenstellung und Gesamtheit waren sie noch am Abend vorher imstande gewesen, den süßesten Rausch zu entfachen. Diese Spuren einer von Reue gehetzten Liebe, dies Abbild eines Daseins voller Verschwendung, Luxus, Taumel und Lärm — alles das deutete auf eine Tantalusarbeit, die sich fruchtlos abmühte, den flüchtigen, entweichenden Genuß zurückhalten. Leichte, rötliche Flecke, die sich auf den Zügen der jungen Frau hervorwagten, zeugen von der Zartheit ihrer Haut. Nichts Kleinliches, Gewöhnliches war in den Konturen ihrer Formen und ihrer Züge; sie war geschaffen, um Liebe zu erwecken, und sie schien mir noch stärker zu sein als die Liebe. Sie gefiel mir über alle Maßen. Es war schon lange her, daß mein Herz schneller geschlagen. Ich war bereits bezahlt.

Noch heute würde ich tausend Franken für eine Empfindung geben, die mir die Zeiten meiner Jugend zurückruft.

„Würden Sie die Güte haben, mit der Zahlung noch etwas zu warten, mein Herr?" sagte sie, indem sie mir einen Stuhl anwies.

„Bis morgen mittag, Frau Gräfin," entgegnete ich, indem ich den Wechsel, den ich ihr vorgezeigt hatte, wieder zusammenfaltete. „Ich habe nur bis zu diesem Zeitpunkt das Recht des Protestes."

Mir selbst aber sagte ich: „Zahle für deinen Luxus, zahle für deinen Namen, zahle für dein Glück und für die Vorrechte, die du genießt. Um sich den Besitz ihrer Güter zu sichern, haben die Reichen Gerichte erfunden und Richter und die Guillotine — jenes Licht, an dem die Unwissenden sich die Flügel verbrennen. Für dich aber, die du auf Seide schläfst, gibt es eine Reue. Es gibt ein Zähneklappern, das sich unter einem freundlichen Lächeln verbirgt. Es gibt für dich in deiner Einbildungskraft gierige Raubtierzähne, die sich in dein zuckendes Herz eingraben."

„Einen Protest? Denken Sie denn wirklich daran?" rief sie, indem sie mir ihre Augen zuwandte. „Könnten Sie so wenig Rücksicht auf mich nehmen?

„Wenn der König mein Schuldner wäre, Frau Gräfin, und er mich nicht bezahlte, so würde ich ihn noch eher als jeden anderen Schuldner dem Gerichte übergeben."

In diesem Augenblicke hörten wir leise an die Tür pochen.

„Ich bin nicht zu sprechen," sagte die junge Frau in befehlerischem Tone.

„Anastasie, ich möchte dich dennoch gern einen Augenblick sehen."

„Nicht einen Augenblick, mein Lieber," entgegnete sie mit etwas weniger harter Stimme, aber doch ohne jegliche Zärtlichkeit.

„Was machst du denn für Scherze? Du sprichst doch mit jemanden," entgegnete eintretend ein Mann, der niemand anders als der Graf selbst sein konnte.

Seine Gattin warf mir einen Blick zu. Ich verstand sie. In diesem Moment wurde sie zu meiner Sklavin.

Es gab eine Zeit, mein lieber Freund, wo ich vielleicht dumm genug gewesen wäre, den Wechsel nicht zu Protest gehen zu lassen. Im Jahre 1763 habe ich in Pondicherry einer Frau gegenüber Gnade geübt, und sie hat mich dann dafür prächtig hereingelegt. Ich hatte es verdient. Wozu setzte ich Vertrauen in sie?

„Was wünscht dieser Herr?" fragte der Graf.

Ich sah die Frau vom Kopf bis zu den Füßen erschauern. Die weiche, sammetartige Haut ihres Nackens wurde rauh. Sie bekam — wie man sich wohl etwas gewöhnlicher ausdrückt — eine Gänsehaut.

Ich aber — ich lachte, ohne daß eine einzige meiner Muskeln sich bewegte.

„Der Herr ist einer meiner Lieferanten," sagte sie.

Der Graf wandte mir den Rücken zu, und ich zog den Wechsel zur Hälfte aus meiner Tasche.

Bei dieser Gebärde der Unerbittlichkeit stürzte die junge Frau auf mich zu und hielt mir einen Diamanten hin.

„Da nehmen Sie," flüsterte sie, „und gehen Sie schnell."

Wir tauschten die beiden Wertgegenstände aus, und ich entfernte mich mit einem respektvollen Gruße.

Der Diamant war gut seine zwölf- bis vierzehnhundert Franken für mich wert.

Auf dem Hofe fand ich einen Schwarm von Bediensteten, die ihre Livreen ausbürsteten, ihre Stiefel blank putzten und prächtige Equipagen reinigten.

„Dies ist es also", sagte ich mir, „was die Leute in meine Arme treibt. Das ist es, was sie dazu bringt, unter dem Schein des Anstands und der Ehrlichkeit Millionen zu stehlen und ihr Vaterland zu verraten. Um nicht seine feinen Schuhe zu bestauben, um nicht zu Fuß zu gehen, muß der Grandseigneur oder jener, der ihm nachzuäffen sucht, von Zeit zu Zeit sich im Schmutze baden."

In diesem Augenblicke öffnete sich das Straßentor und ließ ein Kabriolet einfahren, in dem der junge Mann saß, der mir den Wechsel überbracht hatte.

Ich ging auf ihn zu.

„Sie verzeihen, mein Herr", redete ich ihn an, als er seinem Wagen entstiegen war. „Ich gebe Ihnen hier zweihundert Franken, die ich der Gräfin zuzustellen bitte. Sie werden ferner die Güte haben, sie darauf aufmerksam zu machen, daß ich das Pfand, welches sie mir heute morgen eingehändigt hat, zu ihrer Verfügung halte."

Er nahm die zweihundert Franken und ließ etwas wie ein spöttisches Lächeln über seine Lippen gleiten. Das hieß offenbar soviel wie: Aha, sie hat also doch gezahlt. Desto besser.

In diesem Gesicht las ich die ganze Zukunft der Gräfin. Dieser hübsche blonde Herr, dieser kalte, seelenlose Spieler mußte sich ruinieren, die Gräfin, den Gatten, die Kinder an den Bettelstab bringen, ihre Mitgift aufzehren und mehr Unheil in den Salons der reichen Leute anrichten, als eine Batterie Haubitzen in einem Regiment Soldaten.

Ich begab mich jetzt in die Rue Montmartre zu Fräulein Jenny. Ich mußte eine recht steile, schmale Treppe hinaufsteigen. Auf dem fünften Stockwerk wurde ich in eine kleine Wohnung eingelassen, die aus zwei Zimmern bestand und in der alles sauber und freundlich war wie ein neugeprägter Dukaten. Nicht die geringste Spur von Staub konnte ich auf den Möbeln des ersten Zimmers entdecken, in dem mich Mademoiselle Jenny empfing, eine junge, einfach gekleidete, echte Pariserin: elegantes frisches Köpfchen, einnehmendes Wesen, wohlgekämmtes, kastanienbraunes Haar, das in zwei Wellen über die Schläfen zurückgestrichen war, große blaue Augen, die so klar und durchsichtig leuchteten, wie Kristall. Das Tageslicht, das durch die kleinen Vorhänge fiel, warf einen sanften Schimmer auf das bescheidene Gesichtchen. Eine große Anzahl von Leinenstücken, die um sie her auf den verschiedenen Möbeln aufgeschichtet lagen, erklärte mir ihren Beruf: sie war Wäschenäherin. Wie sie so dastand, erschien sie mir wie der Genius der Einfachheit.

Als ich ihr jetzt den Wechsel vorwies, bemerkte ich ihr, daß ich sie am Vormittage nicht zu Hause getroffen hätte.

„Das Geld lag aber doch bei der Portierfrau", meinte sie.

Ich tat so, als ob ich ihre Worte überhört hätte.

„Sie gehen offenbar schon sehr früh aus, nicht wahr, mein Fräulein?"

„Ich bin nur selten aus dem Hause. Wenn man aber des Nachts arbeitet, so muß man wohl öfter ein Bad nehmen."

Ich betrachtete sie aufmerksam. Mit einem einzigen Blicke hatte ich alles erraten. Das war ein Mädchen, das irgend ein Unglück zu schwerer Arbeit verurteilte. Ein unbeschreiblicher, bezwingender Hauch von Reinheit und Tugend atmete aus ihren Zügen. Mir war es, als söge ich den Duft einer ungekannten Atmosphäre von Unberührtheit und Schlichtheit ein, die meine Lungen erfrischte. Armes Kind! Sie glaubte noch an etwas! Ueber ihrem einfachen Bette aus gestrichenem Holze hing ein Kruzifix, das zwei geweihte Zweige schmückten. Ich empfand den Wunsch, ihr Geld anzubieten, und zwar zu höchstens zwölf Prozent, um ihr auf diese Weise den Ankauf irgend eines guten kleinen Geschäfts zu ermöglichen; aber ich sagte mir, daß sie vielleicht einen kleinen Freund ihr eigen nannte, der sich dann mit ihrer Unterschrift Geld verschaffen und das arme Geschöpf auf diese Weise auslaugen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

ist für jede Wohnung eine Beihilfe von 5000 Mk. zu zahlen. Für den Rest des Rechnungsjahres wären demnach, wenn wie bisher in jedem Monat etwa zehn Wohnungen hergestellt würden, 5000 Mk. . 10 . 9 = 450 000 Mk. erforderlich. Der Bezirkswohnungskommissar hat beantragt, ihm diesen Betrag zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen und stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft einen dementsprechenden Antrag.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Gauverwaltung Nordwestdeutschland. In Altona tagte am vergangenen Sonntag der Bezirksausschuß der Gemeindetechniker Nordwestdeutschlands (Preußen und Hansestädte) des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und behandelte in der Hauptsache Fragen des Beamten- und Angestellten-Rechts. Es wurden Entschließungen angenommen, die 1. einen der Jetztzeit entsprechenden Ausbau des Beamtenrechts fordern und sich gegen den Abbau des Berufsbeamtentums wenden, 2. unter Verwerfung des Regierungsentwurfes ein Beamtenrätegesetz fordern, in welchem das Mitbestimmungsrecht der Beamten und der paritätische Schlichtungsausschuß verankert sind, 3. die Zur-Ruhesetzung der 65-jährigen Beamten aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen gutheißen, 4. die die Aufhebung des Begriffs der Dauerangestellten durch Überführung derselben in das Beamtenverhältnis sowie 5. eine Anpassung der Gehälter an die Teuerungsverhältnisse (besonders auch in den kleinen Städten) fordern.

Bebauungsplan für Kücknitz-Herrenwyk. Seit dem Kriege macht sich in Kücknitz und Herrenwyk eine rege Bautätigkeit für Wohnhäuser durch die industriellen Werke, besonders durch die Aktiengesellschaft Flender und das Hochofenwerk Lübeck, bemerkbar. Um dem Bedürfnis nach Wohnungen für die Arbeiter dieser Werke gerecht zu werden, ist im vergangenen Jahre eine Siedelung am Kücknitzer Mühlenteich angelegt. Von ihr ist ein kleiner Teil durch die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft bebaut, die Genehmigung des Bebauungsplans erfolgte durch den Wohnungskommissar. Jetzt plant die A.-G. Flender die Erweiterung der Siedlung. Ebenso hat kürzlich das Hochofenwerk Lübeck vom Lübecker Staat nördlich seiner Grundstücke an der Kücknitzer Hauptstraße eine Parzelle erworben, um auf derselben eine Wohnsiedlung in größerem Maßstabe anzulegen. Durch ihren Verkauf ist die Verlegung der in Fortsetzung der Werkstraße geplanten Industriestraße notwendig geworden. Schließlich ist inzwischen auch noch die Anlage eines Sportplatzes in Kücknitz erfolgt. Alle diese Maßnahmen machen die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Kücknitz und dem Hochofenwerk bezw. zwischen dem Kücknitzer Mühlenteich und der Gemarkung Dummersdorf erforderlich, damit die Entwicklung der Siedelungsansätze einheitlich durchgeführt werden kann. Von bestimmendem Einfluß auf die Regelung der Bebauung ist die neue Lage der das Ufer begleitenden geplanten Industriestraße und ihre Fortsetzung über die Kücknitzer Hauptstraße in die Werkstraße. Ihre Eigenschaft als Verkehrsstraße wird durch genügende Breitenabmessung berücksichtigt. Ebenso ist bei der Kücknitzer Hauptstraße und der Dummersdorfer Straße, die ebenfalls als Verkehrsstraßen in Betracht kommen, die erforderliche Breitenabmessung, wie sie teilweise auch schon in dem Bebauungsplan vom 3. Juni 1919 festgesetzt war, durchgeführt worden. Einer kürzeren Querverbindung von der geplanten Industriestraße zur Dummersdorfer Straße mit der Möglichkeit der Fortsetzung bis zur Travemünder Landstraße wird ebenfalls durch eine breitere Verkehrsstraße Rechnung getragen. Für die Wohnbebauung kommt das zwischen diesem Netz von Verkehrsstraßen liegende Gelände in Frage. Die Grundstückstiefen betragen im Durchschnitt 60 Meter, sodaß bei einer Mindestbreite von 16 Meter Grundstücke von rund 1000 Quadratmetern aufgeteilt werden können. Das tiefer liegende Gelände um den Kücknitzer Mühlenteich herum ist zur Anlage von Grünflächen bestimmt, die sich nach einheitlichem Plan in die umgebende Wohnsiedelung als Erholungsstätte einfügen. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, daß dem oben gekennzeichneten Bebauungsplan des Baudirektors Baltzer vom 29. Juni 1921 für das Gebiet zwischen Kücknitz und dem Hochofenwerk bezw. zwischen dem Kücknitzer Mühlenteich und der Gemarkung Dummersdorf die Genehmigung erteilt werde.

Die Freigabe des deutschen Kleineigentums in England. Nach Artikel 11 des vom Reichstag genehmigten deutsch-englischen Abkommens vom 31. Dezember 1920 ist die britische Regierung auf Antrag durch die Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen in London bereit, deutschen Staatsangehörigen Hausrat, persönliche Gebrauchsgegenstände, Familienandenken und Handwerkszeug bis zum Betrage von 500 Pfund Sterling, zuzüglich der darauf ruhenden Lasten, ausgenommen Gegenstände von besonderem Werte, freizugeben, sofern das jährliche Einkommen der Antragsteller den Gegenwert von 400 Pfund Sterling nach dem geltenden Wechselkurse nicht übersteigt. Mit der Entgegennahme und Prüfung der an das deutsche Bureau in London weiterzuleitenden Anträge ist die Darlehnskasse für deutsche Flüchtlinge aus britischem Gebiet, Abteilung Möbel und Gepäck, in Berlin, Friedrichstr. 79 a, von der Reichsregierung beauftragt worden. Antragsformulare sind bei der Darlehnskasse erhältlich. Da Freigabeanträge binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Abkommens, die demnächst erfolgen wird, bei der englischen Regierung eingegangen sein müssen, ist eine beschleunigte Einreichung der Freigabeanträge an die Darlehnskasse notwendig.

Die Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung ladet ihre Mitglieder mit ihren Frauen zu heute abend 8 Uhr nach dem Marmorsaal, wo der Chemiker Herr Dr. Meurer über das jetzt in vielen Städten mit außerordentlichem Erfolg eingeführte Degermamilchverfahren sprechen wird. Durch das Verfahren wird die Milch von allen gesundheitsschädlichen Bakterien befreit unter Erhaltung der Schutzstoffe der Milch. Sie behält ihren Rohmilchcharakter bei erhöhter Haltbarkeit. Wie wichtig die Einführung dieser Milch auch für Lübeck ist, wird hier gerade jetzt einleuchtend sein. In Deutschland wurde das neue Verfahren zuerst vom Konsumverein in Oldenburg eingeführt, der sich dadurch ein großes Verdienst erworben hat. Andere Milch als Degermamilch gibt es in der Stadt heute wohl nicht mehr.

Ein großes Konzert zugunsten des oberschlesischen Hilfswerkes findet am Sonnabend im Konzerthaus Lübeck statt. Der Gesamtertrag des Konzertes, bei dem 50 Musiker mitwirken, fließt diesem wohltätigen Zwecke zu. (Siehe Inserat).

Stadttheater. Am Donnerstag, dem 21. Juli, ist das The-Theater geschlossen. Freitag ist wieder die „Postmeisterin". Sonnabend wird „Die Seele schwinget sich" wiederholt. Sonntag vormittag um 11 Uhr findet eine musikalische Veranstaltung statt, bei der die Opernmitglieder eingeführt werden sollen.

Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Donnerstag in dem Uhren- und Goldwarengeschäft von Herm. Voß, Breite Straße und Ecke Beckergrube verübt. Sämtliche Taschenuhren in Silber- und Nickelgehäusen, sowie etwa 10 goldene Armbanduhren sind gestohlen worden. Ferner fast sämtliche goldene Männschettenknöpfe, Kolliers und Kollierketten, Ohrringe, Broschen, Schlipsnadeln und verschiedene Schmuckgegenstände, 335 und 585 gestempelt, wurden entwendet. Der Wert des gestohlenen Gutes beläuft sich auf etwa 120 000 Mk. Für Wiedererlangung der Sachen wird eine hohe Belohnung ausgesetzt.

pb. **Festgenommen** wurden wegen Spritschmuggels ein Privatmann und ein Maurer von hier, als sie im Begriffe standen, 400 Liter Sprit mit einem Kahn in Schlutup an Land zu bringen. — Festgenommen wurde ein stellungsloser Handlungsgehilfe aus Bochum, der in einem hiesigen Warenhause 2 Beinkleider gestohlen hatte.

pb. **Diebstähle.** Von einer Weide in Dummersdorf ist eine schwarzbunte Kuh gestohlen worden. — Aus einem Hause der Klaus-Groth-Straße wurde Tisch- und Bettwäsche gestohlen. — In der Kronsforder Allee ist ein Fahrrad gestohlen worden.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 21. Juli morgens 6 Uhr 20½°; mittags 12 Uhr 20½° Celsius.

•

r. **Kronsforde.** Der Sozialdemokratische Verein hielt am Sonnabend bei H. Klempau eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Gen. Reisberger-Lübeck erstattete einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion im verflossenen Jahr, woran sich eine rege Aussprache schloß. Vor allen Dingen wurde die unbedingte Verabschiedung der Landgemeindeverordnung in dieser Legislaturperiode gefordert. Im Schlußwort forderte Gen. Reisberger zur kräftigen Agitation und Mitarbeit auf, damit die im Herbst stattfindenden Neuwahlen zur Bürgerschaft uns einen vollen Erfolg bringen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie beginnt Anfang September wieder mit der Einstellung eigener Dampfer im Fracht- und Passagierdienst Hamburg—Neuyork. Von den auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack im Bau befindlichen 12 000 Tonnen-Dampfern wird der Dampfer „Bayern" Ende August fertig, und um dieselbe Zeit wird auf der hiesigen Werft des Stettiner Vulkan der Umbau des früheren Schnelldampfers „Deutschland" und späteren Vergnügungsjacht „Victoria Luise" beendet. Auch dieser Dampfer ist jetzt mit 12 000 Tonnen zu bewerten. Beide Dampfer werden im September in den Neuyork-Dienst eingestellt, und im November erfolgt dann noch die Indienststellung eines Schwesterschiffes des Dampfers „Bayern", des ebenfalls auf der Vulkanwerft in Vegesack erstehenden Dampfers „Württemberg". Es werden mithin den drei Dampfern der United American-Lines, die mit der Hamburg-Amerika-Linie liiert ist, drei deutsche Dampfer hinzugestellt.

Hamburg. Der „König von Barmbeck". Seit langer Zeit wurden in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs Diebstähle durch Einsteigen in die Treppenhausfenster ausgeführt. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß hierbei nur ein guter Turner in Frage kommen konnte. Man ermittelte schließlich den Täter, der unter dem Namen „König von Barmbeck" in der Verbrecherwelt bekannt war. Es handelt sich um einen 15jährigen Fürsorgezögling W., ein kleines, schmächtiges Kerlchen. Mit ihm zusammen hat der 14 Jahre alte Schulknabe Hans K. die Diebstähle begangen. Die beiden Jungen wie auch ihre Hehler wurden verhaftet. Gegen den „König von Barmbeck" schweben noch weitere sechs Verfahren wegen schweren Diebstahls. — Der Umsatz der „Produktion" betrug im ersten Halbjahr 1921 160 886 835,15 Mk. gegen 106 502 791,24 Mk. im ersten Halbjahr 1920. Die Umsatzsteigerung beträgt 54 384 035,91 Mk., das sind 51 %. Im Juni dieses Jahres betrug der Umsatz 26 724 602,39 Mk. Im gleichen Monat des Vorjahres 18 893 720,01 Mk. Das ist eine Steigerung von 7 830 882,88 Mk.

Schwerin. Studenten als Landarbeiter? Die Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Schwerin macht bekannt: „Durch Vermittelung des Wirtschaftsamtes der Hamburger Studentenschaft soll während der Sommerferien (etwa vom 1. August bis Ende September) eine Anzahl von Studenten in landwirtschaftlichen Betrieben untergebracht werden. Die Notlage der Studenten erfordert dringend, daß Arbeitsgelegenheiten für sie geschaffen werden. Die Bedingungen sind: Rückerstattung des Reisegeldes, Bezahlung nicht unter dem ortsüblichen Tarif. Landwirte, die bereit sind, Studenten unter diesen Bedingungen während der Ferien aufzunehmen, bitten wir, sich an die Landwirtschaftskammer zu wenden." — Die Studenten werden auf den meisten Gütern, die sich ihrer annehmen, zu ihrer Freude Hubertusleute als würdige Kameraden vorfinden.

Rostock. Der Streik in den mecklenburgischen Ostseebädern. Entgegen den durch die Presse laufenden Notizen, die von einem Fehlschlagen des Streiks der Hotelangestellten in den mecklenburgischen Ostseebädern sprechen, stellt die Organisationsleitung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten ausdrücklich fest, daß bisher lediglich die Angestellten eines Ostseebades, und zwar die des Badeortes Brunshaupten-Arendsee, die Arbeit eingestellt haben, um an Stelle des Trinkgeldes angemessene Bezahlung seitens der Arbeitgeber zu erreichen und zu verhindern, daß das Publikum durch Erhebung von Prozenten übervorteilt wird. Der Streik in Brunshaupten, an dem 32 Betriebe beteiligt waren, ist innerhalb eines Tages durch Anerkennung der Forderungen beigelegt. Sollten die Arbeitgeber der übrigen Ostseebäder in Mecklenburg, Warnemünde, Heiligendamm und Müritz-Graal nicht zu tariflichen Abmachungen mit der Angestelltenorganisation kommen, so ist auch an diesen Plätzen ein Streik zu befürchten.

Aus aller Welt.

Teuerungskrawalle in Graudenz. Ueber die furchtbare Teuerung herrscht hier große Erregung. Auf dem Wochenmarkt wurde alles kurz und klein geschlagen, die zum Kauf aufgestellten Butter- und Eiervorräte zertreten. In die umliegenden Fleischerläden drang die Menge ein und nahm die großen Fleischstücke vom Haken weg. Der Brotpreis wurde von 34 auf 85 Mk. erhöht.

Meuterei polnischer Aufständischer in Hohensalza. Am Dienstag kam es bei der Entwaffnung der hier untergebrachten polnischen Aufständischen zu blutigen Ereignissen. Von den Aufständischen in Stärke von zwei Regimentern leistete nur ein kleiner Teil dem Befehl, die Waffen abzuliefern, Folge. Als Grund des Ungehorsams gaben die Meuterer an, der Staat schulde ihnen den Sold in deutscher Währung. Ein Major versuchte die Aufständischen zu beruhigen, was jedoch nicht gelang. Erst nach einer Salve, bei der zwei Aufständische getötet und 15 verwundet wurden, zogen sich die Meuterer in ihre Kasernen zurück und konnten entwaffnet werden.

Ein großer Waldbrand, dem 1500 Morgen Wald und 5000 Morgen Heide zum Opfer fielen, brach auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow (Regierungsbezirk Magdeburg) aus. Das Feuer wurde rechtzeitig entdeckt und konnte bekämpft werden. Es fand in dem durch die Hitze ausgetrockneten Heidekraut reiche Nahrung und dehnte sich infolge des Windes über eine Fläche von 5000 bis 6000 Morgen aus. Auch in das Revier der benachbarten Försterei Schweinitz sprang das Feuer über. 1200—1500 Morgen mittlerer Waldbestand und Schonung fielen dem Feuer zum Opfer. Auch das Barackenlager, in dem Flüchtlinge aus dem besetzten Gebiete wohnen, war stark gefährdet; einige Baracken geriethen in Brand. Die umliegenden Ortsfeuerwehren arbeiteten im Verein mit der Reichswehr die ganze Nacht hindurch, um des Feuers Herr zu werden. — Mehr als ein Dutzend Waldbrände werden aus den Forsten der Stadt Berlin gemeldet. Sie konnten zum Glück sämtlich auf ihren Herd beschränkt werden.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich in der Chamottefabrik in Rommerode bei Kassel. Infolge der großen Trockenheit war es bisher unmöglich, das Riesenfeuer auf seinen Herd zu beschränken. Außer den Verwaltungsgebäuden, der Schlosserei, der Schreinerei ist die gesamte Fabrikanlage zerstört. Durch die Katastrophe sind Hunderte von Arbeitern arbeitslos geworden. Bei den Löscharbeiten erlitten mehrere Feuerwehrleute schwere Brandwunden. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht aufgeklärt.

50 Personen beim Baden in der Donau ertrunken. Aus Budapest wird gemeldet: Am Mittwoch wurden in der Umgegend von Budapest 50 Leichen, nach Rückfrage stimmt diese Ziffer, aus der Donau gefischt. Es handelt sich um Leute, welche in der Donau gebadet hatten und dabei ertrunken waren.

Theater und Musik.

Stadttheater. Lortzings mit den Waffen gefälliger, echt volkstümlicher Melodien und prächtigen Humors stets siegreicher „Zar und Zimmermann" bildete die Spitze der unter sommerlicher Hitze beginnenden Operuspielzeit. Die Aufführung ließ nicht immer genügend den heiteren Charakter des hübschen Werkes hervortreten, es fehlte ihr an innerer Fröhlichkeit, und dadurch erhält die Langeweile gelegentlich Raum für ihre unerwünschte Einmischung. Als van Bett vermochte ein neuer Mann unseres Ensembles, Herr Schubert, lebhaft zu interessieren. Für einen Buffo ungewöhnlich große, markige und gutgeschulte Stimmmittel, gesunder, nicht zu Uebertreibungen neigender Humor und Sinn für Komik sind ihm eigen, und mit diesen Gaben ausgestattet, wurde der aufgeblasene, dummköpfige Bürgermeister von Zaandam eine sehr wirkungsvolle Figur. Josef Liszewski war, wie früher, in Spiel und Gesang ein vortrefflicher Zar. Die einmütige Bürgermeistersnichte Marie hatte in Else Buchholz eine besonders sympathische Vertreterin gefunden. Herr Schöttge blieb als Peter Iwanow im Vortrag meistens unverständlich und ließ den munteren Burschen auch stimmlich nicht zu seinem Recht kommen. Frankreichs Gesandter war noch zu schüchtern und unbedeutend und konnte nur den vorgeschrieben diplomatischen Erfolg erzielen. Da waren der Russe (Hartmann) und der Engländer (Immendorf) doch besser an ihrem Platze. Herr Kapellmeister Martin war bemüht, der Vorstellung Schwung und Lebendigkeit zu verleihen

In den Katakomben von London.

Der Berichterstatter der „Vossischen Zeitung", Ludwig Wachtel, gibt folgenden interessanten Bericht über die verkehrstechnischen Einrichtungen der Riesenstadt:

Die Londoner Katakomben sind nicht die Irrgänge einer Totenstadt, sie sind die Pulsadern eines sprühenden Lebens, von dessen Tempo sich der Deutsche kaum einen Begriff macht, selbst wenn er an die meist frequentierten Brennpunkte des Berliner Verkehrs gewöhnt ist. Das unterirdische London, mit seiner Fülle von Bewegung, Arbeitsleistung und Organisation, ist die Verkörperung von Höchstleistungen, die es der Weltstadt überhaupt erst ermöglichen, das tägliche Leben zu frisieren. Vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht rollen Tausende von Zügen über die mehr als 100 unterirdischen Bahnhöfe Londons und befördern mit ihrem minutiös durchgearbeiteten System die Reisenden in märchenhaft kurzer Zeit über märchenhaft lange Entfernungen. Der Apparat, der zur Bewältigung dieses gigantischen Blutkreislaufs in Anwendung kommt, läßt selbst jetzt, wo die Zahl der Züge infolge der Kohlenknappheit decimiert ist, die Berliner Untergrundbahn so unendlich weit hinter sich, daß dem Deutschen das heimische Schnellbahn-Netz, vergleichsweise betrachtet, als ein Kinderspielzeug erscheint.

Das Wunder der Untergrundbahn beginnt schon an der Oberfläche. Die erste Offenbarung ist der billige Fahrpreis. Für ein paar Pence durch die ganze Stadt zu fahren, klingt für deutsche Ohren durchaus unwahrscheinlich. Man komme nicht mit dem abgedroschenen Einwand, daß ein Penny einen Valutawert von mehr als einer Mark habe, und daß das Fahren in London infolgedessen teurer sei als das gleiche Vergnügen in Berlin. Der Engländer kann im internen Verkehr unmöglich seine Fahrpreise dem Wert oder vielmehr der jetzigen Wertlosigkeit der Mark anpassen. Für ihn ist ein Penny noch heute die Einheitsmünze, die knapp unserem Groschen aus der Zeit vor dem Kriege entspricht. Und dabei kann man noch heute kurze Strecken für 1½ Pence fahren. Schon vom Schalter angefangen setzt die Fürsorge der Bahn für den Reisenden ein. Sowie man seine Fahrkarte hat, ist man Gast der Bahn. Man stellt sich entweder auf eine der rollenden Treppen und gleitet um die Höhe eines vierstöckigen Hauses in die Tiefe, oder man vertraut sich einem der riesigen Fahrstühle an, die mit etwa 60 Personen hinabsausen. Ein Druck auf einen Knopf, die Gittertüren springen zu, und der Fahrstuhl setzt sich in Bewegung. Bei der Ankunft öffnen sich die Türen wieder automatisch, und der Strom der Reisenden ergießt sich in ein unendlich scheinendes Labyrinth von Gängen. Aber es scheint nur ein Labyrinth zu sein, in Wirklichkeit ermöglicht ein übersichtlich angebrachtes System von Richtungsschildern dem ärgsten Provinzialen, ohne weiteres seinen Bahnsteig, seinen Zug und sein Ziel zu finden, ohne einen einzigen Beamten mit einer Frage zu belästigen. Das Ganze ist System in höchster Vollendung. Ein jeder Umsteigebahnhof gleicht einer unterirdischen Stadt, durch deren Straßengewirr ein ganzes System von Wegweisern den Reisenden sicher führt und ihm das Umsteigen zu einem methodisch organisierten Vergnügen macht. In jedem Wagen hängen zu beiden Seiten jeder Tür und an der Decke so und soviele übersichtlich gezeichnete Streckenbilder, die nur den Weg angeben, den dieser Zug fährt. Jeder Umsteigebahnhof ist kenntlich gemacht. Bei jedem ist vermerkt, welche Bahnlinien von dort ausgehen.

Das Auffallendste ist jedoch die imponierende Ruhe, mit der der ungeheure Verkehr der einander jagenden Züge sich abwickelt. Kein lautes Wort ist zu hören, keine geschriebenen Vorschriften an die Passagiere. Kein Mensch drängelt. Trotz kürzesten Aufenthalts auf allen Stationen vollzieht sich der ganze Verkehr absolut schweigsam. Alles geht wie automatisch, auch die Bewegungen der Menschen. Es ist wie ein riesiges Uhrwerk, dessen sämtliche Teilchen sich im Zusammenwirken in Bewegung setzen, ohne einer Ermahnung zu bedürfen. Ein gigantischer Mechanismus, dessen Selbstdisziplin ans Mechanische grenzt. Bei allen diesen Vorzügen spielt der Passagier im Betriebe aber eine Rolle, die wir in Deutschland längst vergessen haben. Der Betrieb ist für ihn da, nicht umgekehrt. Er braucht kein Billett zu kaufen, um überfüllte Wagen weiter vollstopfen zu dürfen. Sondern die Wagen sind da, um ihm einen bequemen Platz zu gewähren. Die Tatsache, daß man dritter Klasse auf ebenso weichen Polstern, in ebenso luxuriöser Ausstattung sitzt, wie erster Klasse, erscheint preußischen Verkehrsbeamten sicher als ein unzulässiger Eingriff in die gottgewollten Klassenunterschiede. England hat noch keinen Schaden daran genommen.

Auch wo keine Untergrundbahnen gehen, spielt sich der Verkehr an den gefährdesten Ecken unterirdisch ab. Man geht nicht über die Straße, sondern „unter die Straße". Schilder und Transparente fordern den Passanten auf, den Weg unterirdisch zu kreuzen, um sich selbst und andere nicht in Gefahr zu bringen. In vielen Fällen sind diese Katakombengänge in Verbindung mit den Bahnhöfen und ermöglichen es dem Passanten, die Verkehrshindernisse an den Brennpunkten zu überwinden, oder richtiger gesagt, zu „überwinden". Der Bahnhof an der Bank von England besteht in seinem ersten unterirdischen Stockwerk aus einer großen Promenade, die nicht weniger als neun verschiedene Ausgänge nach neun verschiedenen Bürgersteigen hat, so daß man von jedem Punkt des lebensgefährlichen Platzes nach jedem anderen kommen kann, ohne einen einzigen Fahrdamm zu überqueren. Ein Stockwerk tiefer befinden sich dann die Fahrkartenschalter. Und von dort aus erst poltern die Riesenfahrstühle in noch tiefere Tiefen, um die Verbindung mit den in Stockwerken übereinander gelagerten Bahnsteigen herzustellen. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen, der für die deutschen Großstädte so charakteristisch ist, spielt hier eine ganz untergeordnete Rolle, untergeordnet im wahrsten Sinne des Wortes. Ueberirdisch sieht man fast nur Omnibusverkehr. Die Straßenbahnen verkehren auch meistenteils unter der Erde. Auch hier strömt die Kraft der Großstadt in den gewaltigen Adern, die so gelagert sind, daß sie die Energie des Riesenkörpers gleichmäßig an alle Punkte verteilen, wo das Leben sie gebraucht.